

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

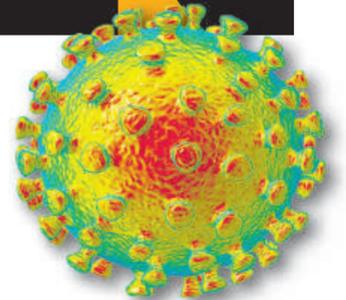
Valentina Kastrati: «Ich bin ein Unia-Kind.» Seite 18

Dringender Aufruf von Unia-Chefin Vania Alleva zur Kündigungsinitiative:



«Sagt Nein, es geht um uns alle!»

work-Schwerpunkt: Darum ist die Kündigungsinitiative so brandgefährlich für die Arbeitnehmenden • Saisonierstatut: So litten die versteckten Kinder Seiten 2 und 9–11



Corona-Krise
Kantone und Rechte versagen – Covidioten profitieren davon.
Seite 5

Chef ausser Rand und Band
Indosa in Au SG: Ein Sittengemälde. Seite 3

Die Schande von Moria
Darum ist die Schweiz mitverantwortlich für das Elend auf Lesbos.
Seiten 6–7

Piff, Paff, Puff
Sexarbeit in der Schweiz: So ist es wirklich im Rotlicht.
Seite 13



workedito
Marie-Josée Kuhn

BITTE JETZT KEIN CHAOS!

Wenn es kommt, wie die Abstimmungs-umfrage von SRF prophezeit, dann geht die SVP-Kündigungsinitiative den Bach runter. 61 Prozent der Befragten wollen sie ablehnen. Das ist hocheifrig. Doch noch ist der Mist nicht gekarrt. Wir können's nicht gsorget geben. Denn Umfragen sind nur Umfragen. Und als wir es zuletzt gsorget gaben, wurden wir bös überrascht. Die SVP-Masseneinwanderungsinitiative kam durch – und wir rieben uns verdattert die Augen. Das darf nicht wieder passieren. Nicht am 27. September,

Corona-krise: Der Bund muss wieder ran.

denn zu viel steht auf dem Spiel. Unia-Chefin Vania Alleva sagt es in ihrem Aufruf so: «Die SVP-Kündigungsinitiative ist brandgefährlich – weil sie alles angreift, was die

Arbeitnehmenden in diesem Land hart erkämpft haben.» Die Löhne, die Gesamtarbeitsverträge, die Gewerkschaften usw. Und vor allem: Die Blocher-Partei will zurück zur Kontingentspolitik. Zur Baracken-Schweiz, wie sie vor der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 herrschte. SVP-Milliardärin Magdalena Martullo-Blocher schwärmt noch heute vom damaligen Saisonierstatut. Es hielt die Italienerinnen und Italiener rechtlos, die halfen, die Schweiz zu bauen. Martullo rühmt: «Wenn Tiefqualifizierte damals arbeitslos wurden, kehrten sie in ihre Heimat zurück, und wir mussten nichts bezahlen.»

LICHT... Nichts bezahlen, das war das eine. Terrorisieren und wegzagen das andere. Die Kinder der Saisoniers waren hier nicht erwünscht. Wer sie dennoch zu sich in die Schweiz holte, musste sie verstecken. Tausende Kinder und Eltern zitterten täglich davor, dass sie die Fremdenpolizei entdecken würde. Eine neue Forschungsarbeit bringt nun ein bisschen mehr Licht in dieses Kapitel schweizerischen Fremdenhasses (Seite 9). Und zeigt: Es war noch schlimmer, als bisher angenommen. Sogar einen zweieinhalbmonatigen Säugling wollte die Fremdenpolizei im Juli 1969 ausweisen. Das Kind war in den Augen der Behörden ein «irregulärer Aufenthalt ohne Anspruch auf Bewilligung». Und musste weg. Auch das darf nicht wieder passieren. Oder wie es Unia-Mitglied Milanka Kurti Fankhauser sagt, die in der Tourismusbranche arbeitet: «Ich bin gegen die Kündigungsinitiative der SVP. Wir brauchen nicht noch eine grössere Krisensituation, vor allem nach dem, was wir jetzt erlebt haben mit Corona.» (Seiten 10–11)

...UND SCHATTEN. Corona lebt. Leider. Wir haben die Pandemie noch lange nicht ausgestanden. Gerade explodieren in der Waadt die Ansteckungen wieder. Die Leute wurden lockerer. Sie wollten den Sommer geniessen. Jetzt vermelden die Behörden: Die Situation ist entgleist. Nach sechs Monaten Coronakrise wird klar: Die Kantone haben's nicht im Griff. Das verunsichert und ist gefährlich, wie work-Autor Clemens Studer aufzeigt (Seite 5). Die Corona-Leugner randalieren. Sie wittern eine Covid-19-Verschwörung und wähen die Demokratie in Gefahr. Das Chaos wächst. Dass es übernimmt, darf nicht passieren. Der Bund muss wieder ran!



VANIA ALLEVA: «Die SVP-Kündigungsinitiative will, dass Lohnabhängige weniger Rechte haben, weniger Schutz bekommen – und weniger verdienen.»

FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Nein zur SVP-Kündigungsinitiative am 27. September

«Es braucht dringend auch deine Stimme!»

«Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die Abstimmung vom 27. September ist enorm wichtig. Die Löhne und die Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmenden stehen auf dem Spiel.

In den vergangenen Wochen und Monaten hat die SVP ihre Kündigungsinitiative als Arbeitnehmendenschutz verkauft. Als Garant für tiefere Mieten. Als Beitrag zum Umweltschutz. Als Beitrag für mehr Platz im Tram und auf den Strassen.

Das ist ebenso schamlos wie perfid.

SCHANDFLECK. Ihre wahren Ziele hat die SVP bei der Lancierung verraten: Sie will die Arbeitnehmenden spalten und die Gewerkschaften schwächen. **Sie will die Löhne drücken und die Gesamtarbeitsverträge abschaffen. Die SVP will zurück zur diskriminierenden Kontingentspolitik. Zur Baracken-Schweiz.** SVP-Vertreter rühmen offen das unmenschliche frühere Saisonierstatut, diese eidgenössische Variante der Apartheid, diesen Schandfleck der Schweizer Geschichte. Die Kündigungsinitiative greift die Personenfreizügigkeit an, um die flankierenden Massnahmen und damit die Rechtsgleichheit für über eine Million Arbeitnehmende abzu-

schaffen. **Die SVP will von den wirklichen Problemen der Arbeitnehmenden in diesem Land ablenken: von Arbeitgeberwillkür, vom Druck auf Lohn und Arbeitsbedingungen.** Darum fährt sie eine Sündenbock-Kampagne gegen «die Ausländer».

BRANDGEFÄHRLICH. Doch es geht der Milliardärspartei gar nicht um mehr oder weniger Einwanderung. Bei jeder Gelegenheit betonen SVP-Exponenten, die Wirtschaft solle weiterhin alle benötigten Arbeitskräfte bekommen. Allerdings sollten die Lohnabhängigen weniger Rechte haben, weniger Schutz bekommen – und weniger verdienen.

Die Kündigungsinitiative ist brandgefährlich – weil sie alles angreift, was die Arbeitnehmenden in diesem Land hart erkämpft haben.

NEIN! Liebe Kolleginnen und Kollegen mit Stimmrecht: Geht unbedingt an die Urne. **Sagt Nein zur Kündigungsinitiative. Mobilisiert bis zum Abstimmungstag weiter Freundinnen und Bekannte. Denn es geht um uns alle.** Um unsere Arbeitsbedingungen. Um unsere Löhne. Wehren wir gemeinsam diesen Frontalangriff auf die Arbeitnehmendenrechte ab!

Unia-Präsidentin Vania Alleva

Chaos und Exodus bei der Rheintaler Dosen-Spezialistin Indosa AG

«Wenn der Chef schreit, hört ihn das halbe Dorf»



FAST ALLEINE – GANZ LAUT: Der St. Galler Unternehmer Werner Grabher hat ein einst führendes Unternehmen aufgebaut. Jetzt häufen sich die Probleme in Firma und Familie. Leidtragende sind die Mitarbeitenden. Wer kann, geht. Andere müssen bleiben und kämpfen um ihre Löhne. FOTO: PD

Wegen Lohngaunereien und Mobbing laufen der Maschinenfabrik Indosa die Leute davon. Eine letzte Gefährtin hat der 78jährige Firmenchef noch. Doch auf ihr lasten schwere Vorwürfe.

JONAS KOMPOSCH

Vor neun Jahren herrschte noch Aufbruchstimmung bei der Grabher Indosa AG in Au SG, einer einst führenden Herstellerin von Dosen-Abfüllanlagen. Mit einem pompösen Fest feierte das Familienunternehmen Ende 2011 sein 75-Jahr-Jubiläum. Und der stolze Patron Werner Grabher präsentierte den internationalen Gästen eine nigelnagelneue Fa-

Vor 9 Jahren eröffnete die Indosa pompös neue Betriebsgebäude.

brikhalle und ein modernes Technologiezentrum. Beides pünktlich auf die Festlichkeiten errichtet.

Doch mit der Pünktlichkeit ist es längst vorbei. Nach monatelangem Warten haben fünf ehemalige Mitarbeitende jetzt rechtliche Schritte gegen Indosa eingeleitet. Alle machen ausstehende Löhne geltend – insgesamt eine Summe von fast 100 000 Franken. Doch den Geprellten geht es um mehr. Sie berichten von gravierenden Missständen und einem despotischen Führungs-Duo.

KRANK GESCHRIEBEN

Zum Beispiel Industriedesigner Fritz Berger* (47). Der Österreicher stiess Anfang 2019 als technischer Betriebsleiter zur Firma. Doch schon ein Jahr Indosa machte ihn krank. Berger:

«Dort herrscht das reinste Chaos. Es gibt weder Strukturen noch ein Pflichtenheft, dafür umso mehr Stress. Und wer Verbesserungen vorschlägt, wird gemobbt.» Er zum Beispiel sei als Technikfachmann zum «Pflanzengießer» und «Laufburschen» degradiert und dann entlassen worden. Wegen Depressionen und starker Magenkrämpfe ist Berger bis heute arbeitsunfähig und krank geschrieben.

Ebenfalls arbeitslos geworden ist Monteur Markus Erlacher (48). Er hatte im Juli Geschäftsführer Grabher darauf hingewiesen, dass sein Lohnzettel voller Fehler sei. Und dass auch das ausbezahlte Gehalt nicht dem vereinbarten entspreche. Das habe der Chef mit einem lauten Wutausbruch quittiert. Was nichts Unübliches sei, doch niemals erwartet habe er, was nachher geschah. Erlacher: «Der Alte hat mich auf der Stelle aus dem Betrieb geschmissen und behauptet, ich hätte gekündigt!» Was nicht stimmte. Trotzdem muss der Monteur seine drei Kinder seither allein mit Erspartem durchbringen. Denn Indosa hat Erlacher bis heute keine Arbeitgeberbescheinigung ausgestellt. Und ohne diese zahlt seine Arbeitslosenkasse keinen Rappen.

ÜBERFORDERTER CHEF

Tatsächlich selbst gekündigt hatte im April die Ingenieurin Melanie Felber* (29). Und zwar deshalb, «weil man immer dem Geld hinterherrennen musste». Aber auch, weil sie als Konstrukteurin eingestellt worden war, aber praktisch nur Offerten habe anfertigen müssen. Das sei nicht ihr Beruf. Bloss: ihre eingeschriebene Kündigung blieb unbeantwortet. Auch auf nachfolgende Briefe reagierte Grabher nicht. Und schon gar nicht auf Felbers Bitte, ihr die ausstehende Lohnsumme von rund 10 000 Franken zu überweisen. Bis Felber mit Hilfe von Unia-Sekretär Lukas Auer die Betreuung einleitete: Sofort versuchte ihr Ex-Chef den Befreiungs-

schlag und drohte ihr brieflich mit einem Prozess. Sie habe schlecht bis gar nicht gearbeitet, dafür am Handy gespielt. Wodurch sie der Firma möglicherweise Schäden von «hohen zweistelligen Millionenbeträgen» zugefügt habe. Felber nimmt diese Anschuldigung gelassen und weiss auch ihre Ex-Kolleginnen und Ex-Kollegen

Statt den ausstehenden Lohn zu bezahlen, klagt der Chef zurück.

hinter sich. Schliesslich hätten auch diese ähnliche Scherereien mit dem «völlig überforderten Herrn». Aber nicht nur mit ihm.

ABHÄNGIGKEIT AUSGENUTZT

Eine einzige Frau steht nämlich noch hinter dem Patriarchen: die Österreicherin Marisa M.* (54). Die Kaufrau begann sich um den angezählten Chef zu kümmern, als dieser von seiner ganzen Familie verlassen worden war (siehe Box). Heute ist M. Grabhers rechte Hand und verkehrt auch privat mit ihm. Wie ihr Schutzherr sei auch M. sehr autoritär, ihr Mobbing gefürchtet. Das bestätigen sämtliche fünf Ex-Mitarbeitenden. Und eine Person, die noch bei Indosa arbeitet, sagt: «Ich halte es fast nicht mehr aus. Grabher und M. erniedrigen uns jeden Tag.»

Allerdings flögen auch zwischen den beiden die Fetzen. Dazu der Insider: «Wenn der Chef dann schreit, hört ihn das halbe Dorf.» M. wiederum führe sich zunehmend wie die alleinige Fabrikherrin auf. Sie fahre Grabhers Maserati und habe sich in seiner Villa mit Pool eine Kommandozentrale eingerichtet. Viele sehen Grabher daher auch als tragische Figur. Monteur Erlacher erklärt: «Manchmal tat er mir fast leid. M. nutzt seine Abhängigkeit schamlos aus.»

Lange werden diese Zustände aber kaum mehr anhalten. Gemäss

Familienkrach: Söhne gründen Konkurrenz

Dosen-Abfüllanlagen für die ganze Welt – damit macht Indosa seit 1936 Geld. Neben Werner Grabher hatten lange auch seine Frau und die vier Söhne leitende Funktionen in der Firma. Doch um 2015 eskalierte ein grosser Familienkrach. Rechtsstreitigkeiten und Ehescheidung folgten. Auch eine als Verwaltungsrätin tätige Schwester sowie die ganze Jungmannschaft kehrten dem Patron den Rücken. Mehr noch: Drei der Söhne bauten eine Konkurrenzfirma auf. Und zwar ausgerechnet im Nachbardorf Berneck SG.

WERTE. Die Swiss Can Machinery AG vertreibt seither zum Verwechseln ähnliche Produkte wie die von 50 auf 14 Mitarbeitende geschrumpfte Indosa. SCM-CEO Michael Grabher (37) erklärt, es habe schlicht zu viele Differenzen mit seinem Vater gegeben: «Gerade im Umgang mit Arbeitnehmenden hatten wir ganz andere Wertvorstellungen.» (jok)

den fünf Ehemaligen war die Auftragslage zuletzt sehr bescheiden. Auch eine Nachfolge für den 78jährigen Seniorchef ist nicht in Sicht. Und Ex-Betriebsleiter Berger verrät, dass schon früher Streik im Raum gestanden sei.

Was aber sagt Werner Grabher zu all dem? Am Telefon schilderte er work eine volle Stunde den jüngsten Geschäftsverlauf. Doch kaum war die erste kritische Frage gestellt, brüllte Grabher in den Hörer und verfluchte «korrupte Politiker», «faule Angestellte», «teure Anwälte» und besonders die «Lügenpresse». Zuletzt drohte er mit einem Prozess, falls über ihn berichtet werde. Komplet in Schweigen hüllt sich dagegen seine Gehilfin M.

Coiffeur-GAV wird verlängert

BERN. Der Gesamtarbeitsvertrag des Coiffeurgewerbes wird bis Ende 2022 verlängert. Zudem steigen die Mindestlöhne für Coiffeusen und Coiffeure ab dem fünften Berufsjahr um 30 Franken pro Monat. Dies ab dem 1. Januar 2022. Darauf haben sich Unia, Syna und Coiffuresuisse geeinigt. Nicht am grünen Tisch sass die ominöse Vereinigung Schweizer Coiffeur Unternehmen (VSCU). Dieser neue Arbeitgeberverein will den GAV verschlechtern und versuchte im Februar, die laufenden Verhandlungen per Gericht zu verbieten. Dagegen rekurrierte die Unia mit Erfolg. Seither fehlt vom VSCU jedes Lebenszeichen.

40 000 Postkarten verschickt

BERN. Welch starkes Zeichen: Tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben in den vergangenen Wochen Karten geschrieben. An Freundinnen, Freunde, Bekannte und Verwandte. Rund 40 000 Karten sind zusammengekommen. Die Worte darauf



ERFOLG: Kartenaktion der Unia in Bern. FOTO: UNIA

sind unterschiedlich, die Botschaft die gleiche: Nein zur arbeitnehmendenfeindlichen Kündigungsinitiative der SVP. Zwei von Zehntausenden Botschaften: «Bitte stimme auch Nein, damit die Löhne in der Schweiz weiterhin geschützt werden.» Und: «Ich will nicht, dass es in der Schweiz wieder Saisoniers gibt, die in Baracken leben müssen. Und du?»

Über verliert schon wieder

LAUSANNE. Der Dumping-Fahrdienst Über zieht einmal mehr den Kürzeren. Das Kantonsgericht Waadt hat einem ehemaligen Fahrer und Unia-Mitglied eine Entschädigung von 19 000 Franken zugesprochen, weil der US-Konzern ihm ohne Vorwarnung den Zugang zur Uber-App sperrte – eine ungerechtfertigte Kündigung, wie das Gericht festhält. Noch wichtiger: Das Gericht stuft Über als Arbeitgeber ein. Daraus ergeben sich für alle Fahrerinnen und Fahrer Ansprüche auf Sozialleistungen, einen anständigen Lohn und bezahlte Ferien.

Job-Killer General Electric

OBERENTFELDEN AG. Weil ihm die Schweiz zu teuer ist, will der US-Industriegigant General Electric (GE) seine Produktion in Oberentfelden komplett einstellen. 562 Mitarbeitenden droht die Entlassung. Es wäre bereits der vierte Kahlschlag seit der GE-Übernahme von Alstom 2015. Damals zählte der Konzern in der Schweiz 5300 Mitarbeitende, heute noch rund 3000. Die Personalvertretung und die Gewerkschaften lehnen einen Stellenabbau ab und fordern eine Intervention des Bundesrates. Schliesslich habe der Konzern 2018 und 2019 Zusicherungen für die Schweizer Standorte gemacht und jetzt sein Wort gebrochen.

*Namen geändert



TEURES PFLASTER: Genf ist eine der teuersten Städte der Schweiz.

Abstimmung in Genf: 23 Franken Mindestlohn

Zehn Prozent der Genferinnen und Genfer können nicht von ihrem Lohn leben. Am 27. September entscheidet die Rhonestadt über einen gesetzlichen Mindestlohn.

CHRISTIAN EGG

In Genf heisst der Slogan der Gewerkschaften für einen kantonalen Mindestlohn von 23 Franken pro Stunde: «Schützen wir die Löhne, nicht die Grenzen.» Das Anliegen kommt dort am 27. September an die Urne. Alejo Patiño von der Unia Genf war in den letzten Wochen viel in der Stadt unterwegs, verteilte Flyer und sprach mit den Leuten. Viele fänden die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften eine gute Sache, berichtet er. Und: «Damit können wir eine

Mit weniger als 4000 Franken kann man in Genf nicht leben.

Antwort auf die Abschottungspolitik der SVP geben.» Das Problem seien nicht die ausländischen Arbeitskräfte – in Genf oft Grenzgängerinnen und Grenzgänger aus Frankreich –, sondern skrupellose Firmen, die Dumpinglöhne zahlten. So müssen laut offiziellen Zahlen ganze zehn Prozent der Genfer Arbeitstätigen mit einem Lohn unter 4000 Franken auskommen. Und das reicht gerade in dieser teuren Stadt nicht zum Leben.

AUCH MULTIS ZAHLEN SCHLECHT

Viele mit solchen Löhnen haben gar keine andere Wahl, als Sozialhilfe zu beantragen. Unia-Mann Patiño: «Wollen wir wirklich mit Steuergeldern Firmen sponsorn, die dank Dumpinglöhnen ihre Profite hoch halten? Darunter auch multinationale Konzerne, die locker bessere Löhne zahlen könnten?»

Oder doch besser, per Gesetz die Firmen zu einem Mindestlohn zu verpflichten? Die Genferinnen und Genfer haben's in der Hand.

Gute Erfahrungen mit einem kantonalen Mindestlohn hat Neuenburg gemacht. Der Kanton führte 2017 als erster eine gesetzliche Lohnuntergrenze von 19.78 Franken ein. 1700 Arbeiterinnen und Arbeiter profitierten direkt, weil sie bisher tiefere Löhne hatten. Aber auch Menschen, die schon vorher mehr als 19.78 Franken verdienten, erhielten Lohnerhöhungen, wie eine Studie der Universität Neuenburg feststellte. Und die Arbeitslosigkeit stieg nicht an, wie dies die Gegnerinnen und Gegner befürchtet hatten – sondern sie sank innerhalb von knapp zwei Jahren von 5,3 auf nur noch 3,8 Prozent.

Der Mindestlohn breitet sich langsam im Rest der Schweiz aus. Im Jura gilt: Löhne unter 20 Franken sind nicht erlaubt. Das Tessin sagte an der Urne zwar Ja zu einem Mindestlohn, noch ist aber ein Rekurs am Bundesgericht hängig. In Basel-Stadt haben die Gewerkschaften eine Mindestlohninitiative eingereicht. Und im Kanton Zürich sammeln sie in drei Städten Unterschriften.

Heisser Herbst: SGB fordert 100 Franken mehr Lohn Das Krisenargument sticht nicht

Coronakrise hin oder her: vielen Branchen geht es gut bis sehr gut. Eine Lohnerhöhung liegt also drin.

RALPH HUG

Überall nur Wirtschaftskrise? Mitnichten! Die Corona-Pandemie hat zwar manche Zweige hart getroffen. So den Tourismus, die Gastronomie oder das Eventgeschäft. Doch viele andere Branchen haben sich schnell erholt und machen wieder Gewinne. Sektoren wie Pharma, Nahrungsmittel oder Banken spürten gar keinen Rückgang. Neueste Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Betriebe den aktuellen Geschäftsgang sogar als gut bezeichnet. Und noch nicht

«Die Löhne müssen vor den Dividenden kommen.»

SGB-CHEF PIERRE-YVES MAILLARD

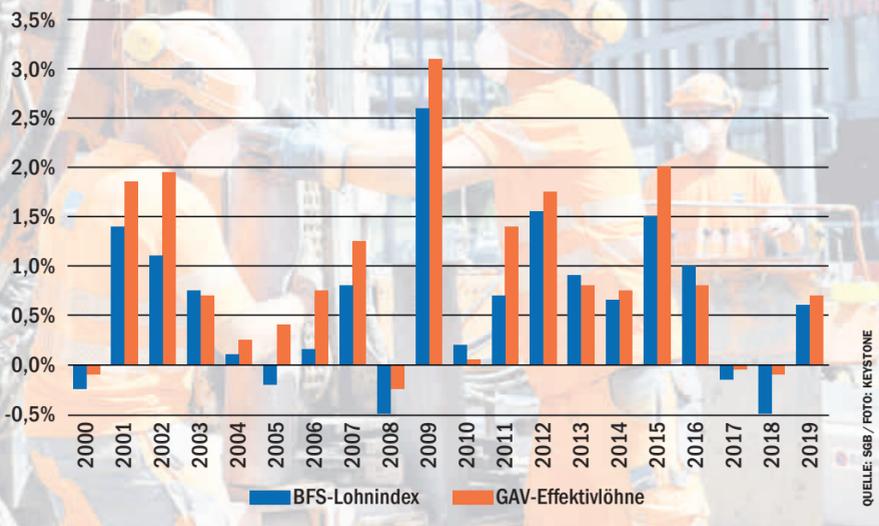
lange ist es her, dass die Unternehmen mehr als einen zweistelligen Milliardenbetrag an Dividenden ausschütteten. Deshalb fordert Gewerkschaftsbunds-Chef Pierre-Yves Maillard jetzt: «Die Löhne müssen vor den Dividenden kommen.»

GROSSER NACHHOLBEDARF

Mit Blick auf den Lohnherbst lässt Maillard das Krisenargument nicht länger gelten. Damit hätten die Unternehmer viel zu lange längst nötige Lohnerhöhungen bekämpft. Jetzt fordern die Gewerkschaften 100 Franken mehr pro Monat oder bis zu 2 Prozent für Branchen, die es sich leisten können.

Wo Kurzarbeit verhängt wurde, sollen die Arbeitnehmenden zu 100 statt bloss 80 Prozent entschädigt werden. Und der 13. Monatslohn müsse auch in Coronazeiten gesichert sein. Die Unia hat wie jedes Jahr ihre Lohnforderungen nach Branchen spezifiziert (siehe Box). Die Zahlen zeigen, dass die Saläre der Arbeitnehmenden in den letzten Jahren stagnierten. Erst 2019 gab es wieder einen leichten Reallohnanstieg. Dabei brummt die Wirtschaft schon länger. Zwischen 2017 und 2019 wuchs das Bruttoinlandprodukt um 5,9 Prozent. Das Nachsehen hatten vor allem die langjährigen älteren Mitarbeitenden. Ihre Reallöhne sanken gar, insbesondere im Detailhandel und in Teilen der Industrie. Aber auch bei denen, die eine Reallohnverbesserung hatten, frassen steigende

Entwicklung der Reallöhne von 2000 bis 2019



Krankenkassenprämien und sinkende Renten der Pensionskassen das Mehr im Portemonnaie gleich wieder auf.

Daniel Lampart, Chefökonom des SGB, macht klar: «Wir haben einen grossen Nachholbedarf. Mehr Lohn ist möglich und nötig.» Das sei auch volkswirtschaftlich richtig, denn die Schweiz habe ein Kaufkraftproblem. Lampart verweist auf die Hauptbetroffenen der Krise, nämlich die Berufstätigen mit tiefen Löhnen, etwa im Gastgewerbe. Sie erhalten bei Kurzarbeit nur 80 Prozent ihres ohnehin tiefen Lohns, bei Arbeitslosigkeit noch weniger. Lampart: «Lohnerhöhungen sind deshalb für die angeschlagene Binnenkonjunktur besonders wichtig.»

CORONA-PRÄMIE

Véronique Polito, Mitglied der Unia-Geschäftsleitung, sieht insbesondere jene Branchen in der Pflicht, deren Mitarbeitende in der Coronakrise unter beträchtlichen Risiken unabdingbare Arbeit für die Grundversorgung geleistet haben – von den Verkäuferinnen über die Logistikangestellten bis zu den Pflegerinnen und Pflegern. Polito: «Diese Arbeit machen vorwiegend schlechtbezahlte Frauen. Es ist jetzt Zeit, ihre Löhne auf ein anständiges Niveau anzuh-

Lohnerhöhungen: Das fordert die Unia

- Bauhauptgewerbe: 100 Franken generell, bezahlte Pausen
- Gewerbe: 100 Franken generell
- Industrie: 100 Franken für alle
- Detailhandel: Mindestlohn von 4000 Franken (mal 13), Prämie von mindestens einem halben Monatslohn für Angestellte in Food und Onlinehandel
- Logistik: 100 Franken plus Prämie von mindestens 2000 Franken
- Personalverleih: 150 Franken auf Mindestlöhne

ben.» Polito hält überdies eine Corona-Prämie für angebracht. Vom Applaus allein könne man nicht leben. Mit einer Prämie von mindestens 2000 Franken soll das Risiko und das ausserordentliche Engagement während der Pandemie abgegolten werden.

Dem schliesst sich auch der VPOD an. Er fordert 2 Prozent mehr Lohn für die Mitarbeitenden in den Spitälern, Heimen und Gesundheitseinrichtungen sowie in den Kitas.

27. September: Nein zum Steuergeschenk für die reichsten 6 Prozent Die Kinderabzug-Vorlage ist ein Bschiss

Die Kinderabzug-Vorlage ist völlig verunglückt: kostet viel, bringt wenig – und das erst noch den Falschen. Trotzdem liegt sie bei Umfragen noch bei um die 50 Prozent Ja.

CLEMENS STUDER

Es dauerte lange – und dann kam's am Schluss zu einer Hausrückübung. Einer sehr teuren: statt 10 Millionen Steuerausfälle sind es jetzt 370 Millionen. Und die Kinderabzug-Vorlage ist nun ein Steuergeschenk an die reichsten 6 Prozent der Eltern.

Was ist passiert? Jahrelang hat das Parlament eine Vorlage gewälzt, die den Steuerabzug für Drittbetreuungskosten von Kindern von aktuell 10000 auf neu maximal 25000 Franken erhöhen sollte. Ziel: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern. Denn bei mittelständischen Familien geht zusätzliches Einkommen oft gleich für höhere Betreuungsausgaben

drauf. Diese unbestrittene Änderung hätte den Bund 10 Millionen Franken im Jahr gekostet.

DIE FALSCHEN PROFITIEREN

Im letzten Moment der parlamentarischen Behandlung preschte der Zürcher CVP-Nationalrat Philippe Kutter vor. Mit einem Einzel-

Das könnte man schon machen – wenn wenigstens die Richtigen davon profitieren würden. Machen sie aber nicht. Weil: Die Bundessteuer ist richtigerweise stark progressiv. Darum profitieren von der Erhöhung des pauschalen Abzugs vor allem die Best- und Superverdienenden. 40 Prozent der Familien bezahlen bereits heute keine Bundes-

ger Steuern zahlen – macht 39 Franken 40 weniger im Monat.

Wesentlich schlauer und nachhaltiger würden die 370 Mil-

Viel schlauer würden die 370 Millionen zur Erhöhung der Kinderzulagen eingesetzt.

lionen zur Erhöhung der Kinderzulagen eingesetzt. Das würde im Jahr 265 Franken zusätzlich für jedes Kind geben. Selbst die 180000-Franken-Familie würde davon mehr profitieren als von der Vorlage, über die wir am 27. September abstimmen.

Noch ist eine bessere Lösung als das 370-Millionen-Steuergeschenk möglich: In der neusten Umfrage von 20 Minuten/Tamedia (durchgeführt am 10. und 11. September, selbstdeklarierte Fehlerquote plus/minus 1,2 Prozentpunkte) wollen ihn 51 Prozent unterstützen und 46 Prozent ablehnen. In der SRG-Umfrage (durchgeführt zwischen 2. und 10. September, selbstdeklarierte Fehlerquote plus/minus 2,7 Prozentpunkte) sind 52 Prozent dagegen und nur noch 43 Prozent dafür.



GRAFF, SP SCHWEIZ

Corona-Bekämpfung: Kantone und rechte Parteien versagen

Der Bund muss wieder übernehmen!



COVIDIOTS: Gegnerinnen und Gegner der Corona-Massnahmen predigen Schwachsinn, wie an dieser Demo in Zürich. FOTO: KEYSTONE

Rechte, Kantone und Links-Esoterische wittern eine Covid-19-Verschwörung gegen die Demokratie. Dabei hat der Bundesrat es nicht so schlecht gemacht.

CLEMENS STUDER

Der Bund hat in der ausserordentlichen Corona-Lage Pandemie-Massnahmen beschlossen. Um diese nun weiterlaufen lassen zu können, muss das Parlament ein Gesetz verabschieden. Eines mit Ablaufdatum (siehe Spalte rechts). Rechte und Linksesoteriker sehen die Demokratie gefährdet. Manifestieren aber – bewilligt – ganz munter. Und erzählen noch mehr Mumpitz als die Leugner des Klimawandels. Vor allem aber: sie werden immer aggressiver. Zum Beispiel im Zürcher Grossmünster, als sie unlängst den ehemaligen «Mister Corona», Daniel Koch, angriffen. Und dabei ein «coronaskeptisches» Buch gegen Koch aufstreckten, wie weiland die Exorzisten die Bibel gegen weise Frauen, die sie als Hexen sahen.

NICHT ZU TRAUEN – ABER...

Dem bürgerlichen Staat ist aus linker Sicht nie zu trauen. Grundsätzlich. Haben die Corona-Leugnenden also eventuell doch recht? Nein! Verkürzt ist es doch so: Solange der Bund die Corona-Bekämpfung in der Hand hatte, lief es – Irrtümer und neue Erkenntnisse einberechnet – alles in allem ganz gut. Und die Mehrheit im Land war mit dem Bundesrat grösstenteils zufrieden. Weil er einen vernünftigen Mittelweg bei der Corona-Bekämpfung einschlug.

Die SVP forcierte zu Beginn zwar einen Sessionsabbruch wegen der Anste-

ckungsgefahr, wie sie sagte. Doch eigentlich wollte sie damit nur die Übergangsrente für ältere Arbeitslose ausbooten, die hätte debattiert werden sollen. Doch dann schwieg sie, weil sie nichts zu sagen wusste. Und danach wurde sie wieder laut, zusammen mit den einfältigeren der Arbeitgeber- und Gewerbeverbände. Allen voran dem Wirtverband. Und machte Druck, damit die Restaurants und Beizen sofort wieder ihre Betriebe öffnen konnten. Blöd nur: Für die Wirtinnen und Wirte war das kein Geschäft. Im Gegenteil!

A propos Geschäft: Das witterte auch der in Lausanne tätige Assistenzprofessor Marcel Salathé. Der Basler Polizistensohn zwängelte so lange (vor allem auf den SRG-Kanälen), bis er in der Taskforce des Bundes sitzen durfte und seine Corona-Tracing-App mit öffentlichen Geldern ausfinanziert war. Diese angebliche Wunder-App funktioniert übrigens bis heute nicht mal annähernd so, wie Salathé es versprochen hat. Also eigentlich funktioniert sie so ziemlich gar nicht. Epidemiologisch gesehen. Salathé ist ein Biologe, der für die Datenkrake Google gearbeitet hat. Für ein Projekt, das dann eingestellt wurde. Daneben war er bis 2007 Keyboarder bei der in Basel weltberühmten Pop-Band «Phébus» (**rebrand.ly/tastemann**, Youtube-Aufrufe bis Redaktionsschluss 5577). Immerhin: Unter diesem Gesichtspunkt ist Salathés Corona-App ein Erfolg: sie wurde bis Redaktionsschluss 2373287 Mal heruntergeladen – und war sogar 160000 Mal aktiviert).

Kantone und rechte Parteien hatten am lautesten gejammert, als der Bund den

Lead bei der Corona-Bekämpfung übernahm. Unterdessen hat der Bund die ausserordentliche Lage beendet und seine Befugnisse abgegeben. Und nun herrschen Kantonleigeist, Durcheinander und Verunsicherung.

SIE KÖNNEN'S NICHT

Die Folgen unter anderem: Noch immer gibt es keine nachhaltige Corona-Ersatz-Lösung für Kleinunternehmende. Gegen einen entsprechenden Vorstoss von SP-Nationalrätin Mattea Meyer wandten sich die sogenannten wirtschaftsfreundlichen rechten Parteien. Unterstützt vom wendigen Grünen-Präsidenten Balthasar Glättli. Wer die Kakophonie in der Pandemie-Bekämpfung seit Beendigung der ausserordentlichen Lage ansieht, muss zum Schluss kommen: Die Kantone können es einfach nicht.

Kleines Beispiel aus einem kleinen Dorf: Erlinsbach. Knapp 8000 Einwohnerinnen und Einwohner. Das ist halb und halb, halb Solothurn und halb Aargau. Die Kantonsgrenze bildet der Erzbach. Erlinsbach SO ist katholisch, Erlinsbach AG protestantisch. Die vorsichtigen Solothurner haben eine Maskenpflicht für Läden eingeführt. Gesundheitsdirektorin ist dort die Sozialdemokratin Susanne Schaffner. Der Aargau nicht. Dort ist der SVPLer Jean-Pierre Gallati Gesundheitsdirektor. Als solcher trat er an einer masken- und abstandsfreien Veranstaltung von Virusleugnern auf. Das wiederum war nur konsequent für ihn als SVPLer. Denn an der nationalen SVP-Delegiertenversammlung, an der ausser den Gästen und den Medienschaffenden kaum jemand eine Maske trug, bezeichnete der abgetretene Präsident Albert Rösti das Coronavirus als «Chäfer». Und empfahl, einfach nicht mehr darüber zu reden

und zu schreiben – «dann verschwindet er wie Greta». Auf einer Linie mit dem US-Präsidenten Donald Trump (aktuell offiziell: 194235 Tote und 6565583 Erkrankte) und Brasiliens Präsidenten Jair Bolsonaro (aktuell offiziell 132117 Tote und 4349544 Erkrankte). Doch zurück zu Erlinsbach: Im Coop (Erlinsbach SO) gilt Maskenpflicht, im Denner (Erlinsbach AG) nicht. Einfach nur grotesk.

Das Coronavirus verschwindet nicht einfach. Auch in der Schweiz nehmen die Ansteckungen wieder zu. Wer das abstreitet, ist schlicht nicht bei Sinnen. Stiftet aber noch mehr Verwirrung. Das ist gefährlich.

NICHT BEI SINNEN

Nach sechs Monaten Coronakrise sei deshalb die These gewagt: In einer gesundheitspolitischen Krise müssen Bundesrat und Verwaltung übernehmen. Sonst macht sich das Gefühl breit, die Regierenden hätten die Situation nicht mehr im Griff. Und Angst vor Kontrollverlust erzeugt Ohnmacht. Das ist, was wir in der Coronakrise zuletzt brauchen können.

Über allfällige Fehler und tatsächliche Mängel müssen wir nachher sprechen. Die Demokratie ist dadurch kaum gefährdet. Und sowieso resistenter als die durch Covid-19 «vulnerablen Gruppen».

P.S.: In der gleichen Session verabschiedete der Ständerat ein «Anti-Terror-Gesetz». Es erlaubt polizeiliche Zwangsmassnahmen selbst gegen 12jährige Kinder. Ohne richterliche Prüfung und ohne ausreichenden Rechtsschutz. Alle die wegen der Pandemie-Massnahmen «um die Demokratie» Fürchtenden blieben verdächtig still. Wie gesagt: Dem bürgerlichen Staat ist aus linker Sicht nie zu trauen. Grundsätzlich. Aber trotzdem gibt es Schattierungen.

ARBEITNEHMERSCHUTZ DAS COVID-GESETZ

Zur Abfederung der Folgen der Coronakrise hatte der Bundesrat zahlreiche auch wirtschaftspolitische Massnahmen beschlossen. Dies gestützt auf das Epidemiegesetz. Zum Beispiel die Ausweitung und Vereinfachung der Kurzarbeit und ihre Finanzierung. Und die Finanzhilfen für coronabetroffene Firmen. Alle diese Beschlüsse haben ein Verfalldatum – die meisten davon würden in den nächsten Wochen auslaufen. Deshalb hat der Bundesrat ein sogenanntes Covid-Gesetz ausgearbeitet. Mit diesem kann ein grosser Teil der beschlossenen und bewährten Massnahmen weitergeführt werden. Damit das Gesetz rechtzeitig in Kraft treten kann, muss es sowohl vom National- wie vom Ständerat noch in der laufenden Session verabschiedet werden. Weil sonst die Massnahmen auslaufen.

VERFALLDATUM. In den Grundzügen haben beide Räte bereits zugestimmt. In Detailfragen gibt es noch Differenzen, die bis Redaktionsschluss dieser work-Ausgabe noch nicht bereinigt waren. An einer Verabschiedung des Gesetzes bestehen keine ernsthaften Zweifel. Es wird unmittelbar nach der Zustimmung des Parlaments in Kraft treten. Gegen das Gesetz kann das Referendum ergriffen werden. Was allerdings ziemlich witzlos ist. Denn das Gesetz hat ebenfalls ein Verfalldatum. Es läuft Ende nächsten Jahres aus. Wenn die Impfgegnerinnen und Pandemie-Leugner, die das Referendum angekündigt haben, damit erfolgreich wären, käme es wohl im nächsten Juni zu einer Abstimmung. Gut zu wissen: Mit einem Impfwang hat das Covid-Gesetz nichts zu tun, dafür viel mit dem Schutz von Arbeitnehmenden- und Firmenexistenzen. (cs)

Schweiz und EU Der SVP-Grössenwahn

Immer wahnwitzigere Behauptungen setzt die SVP in die Welt, um für ihre Kündigungsinitiative Stimmen zu sammeln. So auch beim Thema «Schweiz und Europäische Union». Da behauptet die Blocher-Partei: Die EU verliere für die Schweiz immer mehr an Bedeutung, viel wichtiger würden Amerika und China. Gerade umgekehrt sei die Situation für die EU: Diese «pro-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

fiert von der Schweiz stärker als die Schweiz von der EU». Wenn das stimmen würde, wäre das natürlich super für die Schweizer Verhandlungsposition gegenüber der EU. Das möchte die SVP uns ja auch einreden, aber es stimmt nicht.

VIEL ZU VERLIEREN. Während die Schweiz stark sei, werde die EU immer schwächer. Ulrich Schlüer, SVP-Rechtsausen-Spieler und Blocher-Weggefährte, prophezeit, die EU werde bald zu «einer verarmten Provinz von Afrika». Denn schon heute stelle sie nur noch sieben Prozent der Weltbevölkerung. Abwärts mit

Welch grotesker Nationalismus, was für ein Grössenwahn!

der EU geht's auch beim Chef des SVP-Blatts «Weltwoche», bei Nationalrat Roger Köppel. Weil die Europäische Union schlicht eine «intellektuelle Fehlkonstruktion» sei. Und SVP-Nationalrat Gregor Rutz sagt: Eigentlich sei die EU von der Schweiz abhängig. Drum habe die EU «mit der Schweiz viel zu verlieren».

KATZENJAMMER. Welch grotesker Nationalismus spricht aus diesen Argumenten! Was für ein Grössenwahn! Die Schweiz stellt heute keine 2 Prozent der EU-Bevölkerung und keine 2 Promille der Weltbevölkerung. Rund 60 Prozent des Warenhandelsvolumens der Schweiz erfolgen mit der EU. Nur 7 Prozent des Volumens der EU mit der Schweiz. Ganz sicher ist sich die SVP in diesem Wahnwitz aber doch nicht. SVP-Führer Christoph Blocher sagt deshalb sozusagen prophylaktisch: Sollte die EU nach einem Sieg der SVP-Initiative nicht wie vorgesehen vor der Schweiz in die Knie gehen, dann wäre das auch nicht so schlimm, die Schweiz könne gut ohne Bilaterale auskommen: «Der Wegfall wäre unbedeutend.» Ja, eigentlich könne es nur noch besser kommen, denn «die Bilateralen machten die Schweiz ärmer», vermeldet die SVP-Abstimmungszeitung.

Ebenso grössenwahnsinnig verfiert der britische Premier Boris Johnson den Brexit, wie wenn es das alte britische Empire noch gäbe. Aber jetzt beginnt in Grossbritannien schon der Katzenjammer.

UNIA online



Offener Brief an den Bundesrat: Schutz des Gesundheitspersonals verbessern!

Die Unia, Amnesty International, der SBK und der VPOD fordern den Bundesrat in einem offenen Brief auf, eine unabhängige Untersuchung in Auftrag zu geben. Diese soll die Auswirkungen der Pandemie auf das Gesundheitspersonal aufzeigen und Licht in die staatliche Krisenbewältigung bringen. Unterschreibe hier:

www.amnesty.ch/offener-brief

Hirschis gingen als Freiwillige nach Griechenland «Ich dachte, jemand muss jetzt einfach helfen!»

Sarah ist Tierärztin und «eher links». Thomas wählt SVP und ist Landwirt. Zusammen waren sie in Lesbos, um Menschen auf der Flucht zu helfen.

CHRISTIAN EGG

Sarah Hirschi nimmt einen Schluck Kaffee und erinnert sich: «Ich dachte, jemand muss doch diesen Menschen helfen!» Als das vor fünf Jahren losgegangen sei mit dem Flüchtlingsdrama, habe sie das erschüttert. Die 32jährige Tierärztin aus Boltigen

«Wir versuchten, den Leuten Hoffnung zu geben.»

SARAH HIRSCHI

im Berner Simmental ist Bauerntochter und politisch «eher links», wie sie sagt. Bei einem Stellenwechsel lernt sie dann Rahel Räber kennen, die Mitgründerin der Hilfsorganisation «Schwizerchrüz». Hirschi: «Da habe ich realisiert, dass ich als Einzelperson etwas machen kann.»

Und sie macht. Zusammen mit ihrem Mann Thomas, 40, Landwirt, und mit weiteren Freiwilligen, die jetzt im Film «Volunteer» porträtiert werden (siehe unten). Ein paar Wochen später stehen Hirschis nachts in Lesbos am Strand. Und plötzlich, sagt Thomas, habe er ein Kind im Arm gehabt. Ein Mädchen: «Das hat niemandem gehört, gar niemandem.» Er trägt es aus einem Flüchtlingsboot. Es ist seine allererste Nacht, sein erster Einsatz als Flüchtlingshelfer.

DAS MÄDCHEN

Das Mädchen klammert sich fest. Hirschi, selber Vater von zwei Töchtern, kann gar nicht anders: «Ich musste das Kind einfach halten.» Total hilflos habe er sich in dem Moment gefühlt. Ewige zwanzig Minuten lang. Hirschi: «Plötzlich kam ein Mann und hat mich angestrahlt, wir verstanden kein Wort, aber wir wussten beide Bescheid.» Aus Dank habe ihm der Vater des Mädchens die Hand geküsst: «Völlig übertrieben, aber für ihn war ich jemand, der mal hilft.»

Ein paar Nächte später entdeckt Helfer Hirschi durch den Feldstecher ein Kriegsschiff. Da wussten die Helferinnen und Helfer: Die Nato hat angefangen, die Flucht nach Lesbos zu stoppen. Spätestens dann sei ihm bewusst geworden, «welche



SARAH HIRSCHI: Die Berner Oberländerin war fünfmal als freiwillige Flüchtlingshelferin in Griechenland. Auf dem Bild mit Kuh Häberli. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Ziele die europäische Politik verfolgt», so Hirschi. Der Kontrast hätte nicht grösser sein können, ergänzt Sarah Hirschi: «Wir waren dort, um den Menschen zu helfen – und Europa schickt die Nato, um sie aufzuhalten.»

DIE HOFFNUNG

Fünfmal war Sarah Hirschi als Freiwillige in Griechenland, ihr Mann dreimal. Jeweils für ein bis zwei Wochen. Thomas Hirschi wählt normalerweise SVP. So wie viele in Boltigen, ganze 68 Prozent waren es bei den Nationalratswahlen 2019. Er sei jetzt

nicht ein Linker geworden, sagt Helfer Hirschi. Aber die Migration sehe er seither schon anders: «Kein Mensch, kein Kind hat es verdient, so zu leben.»

Wohl ein paar Tausend Menschen hätten sie in Lesbos mit trockenen Kleidern und Nahrungsmitteln versorgt, schätzt Sarah Hirschi. Wahrscheinlich seien danach viele im Flüchtlingslager Moria gestrandet, das nun abgebrannt ist (siehe Seite 7). Helfer Hirschi sagt: «Wir haben versucht, den Leuten Hoffnung zu geben. Und wussten nicht, dass es eine falsche Hoffnung war.»

Jetzt im Kino: Der Dokumentarfilm «Volunteer» Flüchtlingshelfer in Griechenland

Voller Einsatz und harte Entscheidungen: Ein neuer Film zeigt die Flüchtlingskrise aus Sicht der freiwilligen Helfenden.

CHRISTIAN EGG

Ein Mann rennt einem Kiesstrand entlang. Er keucht. Das Bild wippt auf und ab, die Kamera ist an seinem Neoprenanzug befestigt. Nach fast einer Minute erreicht der Mann ein Schlauchboot, überfüllt mit vielleicht 30 Menschen.

Wir sind auf Lesbos, im Jahr 2015. Das Boot kommt von der Türkei, etwa 15 Kilometer übers Meer. Der Mann steigt ins Wasser, hilft den geflüchteten Menschen an Land, trägt Kinder ans Trockene. «Salam!» sagt er, und später: «I am Michael.»

Es ist der Berner Michael Räber, Mitgründer des Hilfswerks Schwizerchrüz. Einer von sechs Protagonisten im neuen

Schweizer Dok-Film «Volunteer». Der zeigt die Realität der Flüchtlingskrise aus erster Hand. Nicht die Geflüchteten stehen im Fokus, nicht die Politik, sondern Helferinnen und Helfer. Was bewog sie dazu, ihre Ferien zu opfern oder sogar ihren Job aufzugeben und in Griechenland oder entlang der Balkanroute Menschen in Not zu helfen? Und wie gehen sie damit um, dass sie, trotz vollem Einsatz, nur einem Bruchteil der Geflüchteten helfen können?

CHAOS VERMEIDEN. Der Komiker Michael Grossenbacher, der zum Helfer wurde, sagt es so: Wenn man an einem Tag zum Beispiel nur 2000 Flaschen Wasser zu verteilen habe, müsse man das den Leuten klar sagen. «Du könntest jederzeit noch mehr helfen», etwa auch noch ein Paar Schuhe für jemanden besorgen, der sie dringend brau-



MICHAEL RÄBER: Mitgründer des Hilfswerks Schwizerchrüz. FOTO: VOLUNTEER

che. «Aber dann hast du verloren.» Die Leute fühlten sich so nämlich betrogen. Weil nicht alle Schuhe bekommen.

Michael Räber nennt die Macht der Helfenden sogar «Gewalt». Die gelte es «so verhältnismässig und sorgfältig wie möglich» auszuüben. Solche Entscheidung zu treffen sind

die meisten Schweizerinnen und Schweizer nicht gewohnt. Hier im Flüchtlingscamp seien sie aber zentral. Räber: «Hier ist es am schlimmsten, wenn niemand diese Entscheidung trifft. Dann herrscht Chaos.»

Volunteer von Anna Thommen und Lorenz Nufer läuft zurzeit in den Kinos. volunteer-film.ch



SCHLIMMES ERWACHEN: Tausende Familien leben auf Lesbos jetzt auf der Strasse, weil das Lager Moria abgebrannt ist. FOTO: KEYSTONE

Lager Moria: Hunger und Tränengas nach dem Grossbrand

Inferno in der Hölle von Europa

Trotz der katastrophalen Situation im Flüchtlingslager Moria zeigt sich der Bundesrat kaltherzig. Dabei hatte die Schweiz schon einmal 13 000 Flüchtlinge auf einen Schlag aufgenommen.

JONAS KOMPOSCH

Für work-Autor und Uno-Menschenrechts-Expertin Jean Ziegler ist das Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Ferieninsel Lesbos ein Teil von «Europas Strategie des Terrors», des Terrors gegen Menschen auf der Flucht. Für den deutschen Entwicklungsminister

Tagesration für eine fünfköpfige Familie: 3 Liter Wasser, eine Packung Nudeln und ein Brot.

ein Gefängnis», als sie es 2016 besuchte. Errichtet hatte Moria 2015 die EU als sogenannten «Erstaufnahme-Hotspot» für maximal 2800 Menschen. Doch auf Geheiss von oben pferchten die Lagerwächter ein Vielfaches in das mit Nato-Stacheldraht umzäunte Areal. Gleichzeitig ging die Bearbeitung der Asylgesuche nur schleppend voran. Und im März setzte Griechenlands Rechtsregierung unter Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis das Asylrecht sogar komplett ausser Kraft – und brach damit Völkerrecht. Daher lebten zu Spitzenzeiten an die 20 000 Menschen in den Blechhütten und Zelten von Europas grösstem Lager.

Die Folgen beschrieb Jean Ziegler nach einer Inspektion Ende Februar im work: «Die Nahrung ist ungenügend und oft ungeniessbar. Eine Schule gibt es nicht. Die hygienischen Verhältnisse sind fürchterlich: eine meist verstopfte, stinkende Toilette für 100 Personen, eine kalte Dusche für 150 Menschen.»

IGNORIERTE HILFERUFE

Nun ist Moria abgebrannt. Die lokale Feuerwehr sagt, es war Brandstiftung. Brandstiftungen gab es in Moria schon mehrfach. Erst am 20. August legten faschistische Schlägertrupps Buschbrände in der direkten Umgebung des Lagers. Als Vertreter der deutschen

Organisation «Mission Lifeline» den Angriff filmten, wurden auch sie attackiert. Das Feuer von vergangener Woche jedoch könnte auch von Internierten selbst gelegt worden sein. Grund dazu hätten sie allemal.

Seit Jahren prangern die unschuldig Eingesperrten die miserablen Zustände an. Erhöht wurden ihre Hilferufe nie. Ebenso wenig die Warnungen der vor Ort tätigen Hilfsorganisationen. 2016 stellten aus diesem Grund die Ärzte ohne Grenzen (MSF) ihr Engagement vorübergehend ein. Die Hilfsorganisation teilte mit, sie werde nicht länger «Komplizin eines unmenschlichen Systems» sein. Zwei Jahre später schlug MSF erneut Alarm: Jede Woche komme es in Moria zu Selbstverstümmelungen und Suizidversuchen von verzweiferten und traumatisierten Kindern. Ausserdem grassierten Durchfallerkrankungen und Hautinfektionen.

Und dann drohte plötzlich auch noch das Coronavirus. Abermals appellierte MSF an die Vernunft und warnte vor den unkontrollierbaren Folgen eines Virenausbruchs im überfüllten Lager. Dieses müsse sofort evakuiert und die Menschen müssten dezentral untergebracht werden, so die Organisation im März. In der Folge hagelte es von den Behörden Bussgelder und Prozessandrohungen gegen MSF. Weil ihr Isolationszentrum für Covid-19-Verdachtsfälle aus Moria angeblich gegen die Raumplanungsvorschriften versties. MSF blieb nichts anderes übrig, als die inselweit einmalige Einrichtung zu schliessen. Das war im Juli, keine zwei Monate später folgte der Virenausbruch in Moria.

TRÄNENGAS STATT ESSEN

Mit dem Vollbrand hat sich die Situation zusätzlich verschlimmert. Über Nacht sind Tausende obdachlos geworden. Zwar errichteten Soldaten rasch ein neues Lager, doch hilft dieses wenig. Denn erstens hat auch das neue Lager bloss für 3000 Menschen Platz. Und zweitens wollen die Leute nicht länger in einem Freiluftgefängnis darben, zumal der Herbst hereinbricht. Völlig unzureichend ist auch die Lebensmittelversorgung. Eine Syrerin zeigte am Montag dem Westdeutschen Rundfunk, was sie als Tagesration für ihre fünfköpfige Familie erhalten hatte: drei Liter Wasser, eine Packung Nudeln und einen Laib Brot. Hilfsorganisationen, die mit privaten Essensverteilungen gegen den Hunger ankämpfen, berichten gleichzeitig von Schikanen der Po-

izei. Diese war bereits aufgefallen, als sie am Samstag mit Tränengas auf protestierende Flüchtlinge schoss und dabei Kinder verletzte.

BUNDESRAT BREMST

Trotz der offensichtlichen Notlage zeigt sich der Bundesrat bislang kaltherzig: Nur gerade «rund 20 Kindern» erbarnt sich das Staatssekretariat für Migration (SEM). Dabei erklärte allein schon die Stadt Bern, ebenso viele aufnehmen zu wollen. Und bereits im Juni haben die acht grössten Städte dem Bund signalisiert, mehr Flüchtlinge aus Moria empfangen zu wollen. Doch FDP-Justizministerin Karin Keller-Sutter winkte ab. Es sei unmöglich, dass Städte Personen direkt aufnehmen könnten. Deshalb setzen jetzt immer mehr Hilfswerke, Kirchen und Parteien die Regierung unter Druck. Platz gäbe es nämlich mehr als genug.

Viele Flüchtlingsunterkünfte sind unterbelegt. Und dies, obwohl mehrere Häuser jüngst geschlossen worden waren. Der Grund: Die Zahl der Asylgesuche ist auf dem tiefsten Stand seit 13 Jahren. Abwärts geht es just seit 2016. Also ausgerechnet, seitdem die Türkei EU-Milliarden zur Flüchtlingsabwehr erhält. Und seitdem das Lager Moria besteht.

Und übrigens: Die Schweiz bewies schon mehrfach, dass sie rasch Tausende Flüchtlinge aufnehmen kann, wenn sie denn will. Zum Beispiel 1956 im Zuge des ungarischen Volksaufstands gegen die kommunistische Regierung: Innert weniger Wochen hiess die Schweiz mindestens 13 000 Ungarinnen und Ungarn willkommen. Aber das war halt im Kalten Krieg und als anti-kommunistische Tat politisch erwünscht.

workfrage:
Sollten Städte direkt Flüchtlinge aus Moria aufnehmen können?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema!
Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.
E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**



la suisse existe
Jean Ziegler

SCHWEIZER RADIO VERLEUMDET KUBA

Professor Franco Cavalli ist einer der kompetentesten Onkologen Europas. Der 78jährige war Chefarzt am Spital San Giovanni in Bellinzona und Präsident der Krebsliga Schweiz – eine unbestrittene internationale Autorität. Gleich-

Zu Tausenden wollen kubanische Ärztinnen und Ärzte an der weltweiten medizinischen Solidarität teilnehmen.

zeitig ist er ein überzeugter Sozialist. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit ist ihm

ebenso wichtig wie die Genesung seiner Patientinnen und Patienten.

MEDIZINISCHE HILFE. Mit befreundeten Ärztinnen, Ärzten und Krankenschwestern gründete er 1992 «Medi Cuba». Das Ziel: Unterstützung des kubanischen Gesundheitssektors, der – wie das ganze Land – unter dem Embargo der USA leidet. Heute ist die Organisation in 14 europäischen Staaten aktiv. Präsident von «Medi Cuba Europe» ist der unermüdliche Franco Cavalli. Am Mittwoch, dem 13. Mai dieses Jahres, strahlte das Westschweizer Radio zur besten Sendezeit einen Bericht zur Arbeit der kubanischen Ärzte in den verschiedensten Ländern der Welt aus. Die internationale Solidarität ist ein Grundpfeiler der kubanischen Revolution. Sie wird unter andern ausgeübt von Medizinerinnen und Medizinern. Das kubanische Gesundheitssystem ist eines der besten der Welt. Ich kann davon Zeugnis ablegen. Im Juli 2017 wurde ich bei einem Besuch in Kuba wegen unbekannter Bakterien plötzlich schwer krank. Im Spital Ciria Garcia in Havanna erhielt ich eine Bluttransfusion, die mir das Leben gerettet hat. Nun fliesst kubanisches Blut in meinen Adern. Ich hoffe nur, der Spender sei kein dumpfer Bürokrat gewesen.

Als Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung traf ich kubanische Ärztinnen und Ärzte in den trostlosesten Gegenden der Welt. Sie kümmerten sich um die Ärmsten, in den Slums von Bangladesch, in der Mongolei oder in Guatemala. In Havanna gibt es lange Wartelisten. Zu Tausenden wollen Ärztinnen und Ärzte an der medizinischen Solidarität teilnehmen.

VERLOGEN ODER DUMM. Im Westschweizer Radio erklärte ein Journalist, die kubanischen Ärzte seien «Sklaven». Sie erhielten nur einen Hungerlohn, umso mehr fliesse an die kubanische Regierung, die sich an ihnen bereichere und in Saus und Braus lebe.

Diese Verleumdung wurde ursprünglich vom US-Geheimdienst CIA in die Welt gesetzt, der im vergangenen April eine internationale Kampagne gegen die medizinische Hilfe Kubas startete. Die Frage stellt sich: Entstand der verlogene Radiobericht durch den Einfluss CIA-naher Meinungsmacher oder durch die himmelschreiende Dummheit eines einzelnen Journalisten? Gegen den Lügenbericht haben Franco Cavalli, Dick Marty und andere Klage bei der Aufsichtsbehörde eingereicht. Artikel 4 des Radio- und Fernsehgesetzes verpflichtet die Sender zur wahrheitsgemässen Darstellung der Ereignisse. Unsere Hoffnung: dass die Verleumdungskampagne des Westschweizer Radios gestoppt wird und dass die Behörde eine den Tatsachen entsprechende Darstellung der Arbeit der kubanischen Ärztinnen und Ärzte verlangt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Frauen-Sondersession 4444 Gründe zu streiken

Rund 200 Frauen trafen sich an zwei Tagen in der Reitschule in Bern. Und diskutierten die Folgen der Coronakrise.

PATRICIA D'INCAU

Freitag, 11. September: Es ist 17 Uhr, als die ersten Besucherinnen eintreffen. Mit Kinderwagen statt Aktenkoffern. In violetten T-Shirts statt «gschalet». Die Feministische Sondersession – das wird schon vor der offiziellen Eröffnung klar – hat mit der Session im Bundeshaus herzlich wenig zu tun.

Und das soll sie auch nicht. Denn sie ist Protest gegen den Bund, der die Frauen während der Coronakrise einmal mehr vergessen hat. Obwohl ge-

Passen würde ein neuer Streik allemal. Die Diskussion ist entfacht.

rade sie es waren, die das Land am Laufen hielten, als sonst nichts mehr ging. Doch statt mehr Lohn gab's Applaus, Schoggi und Kündigungen. Die Zahlen zeigen: Es sind weltweit mehrheitlich Frauen, die wegen der Coronakrise ihre Jobs verlieren. (work berichtete: rebrand.ly/corona-frauen).

FRAUENSTREIK 3.0?

Deshalb also die Feministische Sondersession. Ausgerufen von Frauen aus dem Umfeld des Berner Frauenstreik-



FOTO: YOSHIKO KUSANO

WORKSHOP 3: Migrantinnen erzählen von ihren Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt.

kollektivs. Gedacht als Plattform «für all jene, deren Stimmen bisher nicht gehört wurden».

Und alle hören aufmerksam zu, als Reinigungsfrau Isabel Zubieta auf der Bühne erzählt, wie sie systemrelevante Arbeit leistet und als ungebildet abgestempelt wird. Oder als Pflegerin Lea Daum schildert, wie sie bei der Arbeit nicht genügend geschützt wurde vor Corona. Sondern einfach weiterarbeiten musste. Bis sie selber krank wurde.

Und während der Reden wird die dunkle grosse Halle in lila Licht getüncht. Auf der Grossleinwand sind Bilder vom Frauenstreik zu sehen. Da ist sie plötzlich wieder: diese Aufbruchsstimmung.

Samstag, 12. September: Rund 200 Frauen sitzen auf Holzstühlen in kleinen Kreisen, mit Masken und Sicherheitsabstand. Jüngere und ältere, aus Bern, aus dem Aargau, aus Zug, Basel, Zürich, Neuenburg. In über 20 Workshops diskutieren sie über schlecht oder gar nicht bezahlte Care-Arbeit, sexualisierte Gewalt, mangelnden Mutterschutz, tiefe Frauenlöhne und tiefe Frauenrenten. Allesamt Probleme, die durch die Coronakrise noch verschärft worden sind. Existieren tun sie aber schon lange. Eine halbe Million Menschen haben letztes Jahr mit einem fulminanten Frauenstreik dagegen protestiert.

Müssen die Frauen nachlegen? Ja! findet die Gruppe in einem der Sitzkreise. Schliesslich gebe es «immer noch 4444 Gründe» zu streiken. Dazu kommen Corona und zwei Jubiläen: Am 14. Juni 2021 sind es genau 30 Jahre seit dem ersten Frauenstreik. Und das Frauenstimmrecht wird schon im Februar 50 (siehe «50 Jahre Frauenstimmrecht 2»).

Passen würde ein neuer Streik also allemal. Die Diskussion ist entfacht.

Feministische Sondersession in Bern fordert: Hilfspaket für Care-Arbeit

Applaus alleine reicht nicht! Da waren sich alle an der Frauen-Sondersession einig. work druckt dazu die Rede von Simona Isler:

«Wir haben in den letzten Monaten viel gehört über Systemrelevanz. Wir haben geklatscht für das Pflegepersonal und die Verkäuferinnen, für die Kinderbetreuerinnen und viel-



FOTO: YOSHIKO KUSANO

SIMONA ISLER (38) vom Care-Ökonomie-Netz Wide.

leicht auch noch für die Lehrerinnen. In den letzten Wochen aber ist es still geworden rund um die sogenannten systemrelevanten Berufe. Politik und Wirtschaft sind mit der Krisenbewältigung beschäftigt. Es wurden und werden Konzepte für die Schweizer Fussballliga erarbeitet, darüber nachgedacht, wie um Himmels willen die Skigebiete geöffnet werden und die internationalen Skirennen stattfinden können.

Und was ist mit den Pflegerinnen, Kinderbetreuerinnen, Verkäuferinnen, den Sozialarbeiterinnen, mit dem Reinigungspersonal, mit den Lehrerinnen, den Müttern und Hausfrauen?

Sie arbeiten unermüdlich weiter. Tragen Zusatzbelastungen. Leisten Grosses, Unsichtbares. Wieso auch soll sich die Politik damit beschäftigen?



JETZT REDEN WIR! Rund 200 Frauen diskutierten in kleinen Gruppen in Bern über schlecht oder gar nicht bezahlte Care-Arbeit, sexualisierte Gewalt, tiefe Frauenlöhne und den nächsten Frauenstreik. FOTO: YOSHIKO KUSANO

Ich sage euch, weshalb: All diese Arbeit – wir nennen sie auch Care-Arbeit, oder Sorgearbeit – ist entscheidend, wenn es um den Lebensstandard und das Wohlergehen von uns allen geht. Auf diese Arbeit kann nicht verzichtet werden. Eben systemrelevant.

DAS AKZEPTIEREN WIR NICHT!

Frauen leisten den Hauptanteil der Care-Arbeit – bezahlt und unbezahlt. Und: Es ist sehr viel Arbeit: **Rund zwei Drittel der Wirtschaft in der Schweiz und überall auf der Welt sind Care-Arbeit. 70 Prozent aller Arbeit in der Schweiz – in Stunden gemessen – werden im Care-Sektor geleistet.** Frauen tragen mit ihrer Arbeit überverhältnismässig viel zur Bewältigung der Krise bei. Es sind hingegen

in der Überzahl nicht-care-arbeitende Männer, die politische Entscheidungen fällen und die Krise managen.

Wir fordern: ein landesweites Hilfspaket (Care-Arbeit). Sämtliche Kosten der Coronakrise in den Bereichen Bildung, Betreuung und Pflege müssen vom Bund à fonds perdu getragen werden, sowohl in bezahlten wie auch in unbezahlten Arbeitsverhältnissen. Die Zusatzbelastung der Mütter, der Pflegerinnen, der Verkäuferinnen, der Kinderbetreuerinnen, der Lehrerinnen, der Kindergärtnerinnen und der Putzfrauen der vergangenen und möglicherweise zukünftigen Monate in diesen Bereichen muss jetzt endlich anständig entlohnt werden.

Wir fordern: ganz grundsätzlich eine bessere öffentliche Finanzierung und Entlohnung systemrelevanter Tätigkeiten im Care-Sektor. Es braucht eine nationale Strategie zur Organisation und Finanzierung der Care-Arbeit, die der Sorge und Versorgung der ganzen Bevölkerung dient und nicht auf der finanziellen und zeitlichen Ausbeutung von Frauen beruht.

Und schliesslich fordern wir eine angemessene Vertretung (das heisst fifty-fifty!) von Frauen aus Care-Berufen in sämtlichen Entscheidungsorganen zur Bewältigung der Coronakrise und darüber hinaus. Weil es die Arbeit der Frauen ist, die die Welt zusammenhält.»

Das ausführliche Positionspapier zur Rede: rebrand.ly/care-arbeit



50 Jahre Frauenstimmrecht (2): Iris von Roten

«Hure oder Irre»? Das fragten sich die beiden Streifenpolizisten, als sie in der Nacht vom 5. Dezember 1955 eine Frau in Hose und Pelzmantel den Seilergraben in Zürich hocheilen sahen. Sie hatte keinen Ausweis bei sich und verweigerte die Auskunft, wohin sie unterwegs sei und wo sie übernachten werde. Sie sei Journalistin und Anwältin und könne, wenn sie wolle, bis nach Ziegelbrücke weiterwandern, ohne irgendjemandem Rechenschaft schuldig zu sein, meinte sie. Die beiden Polizisten verhafteten sie.

Blitzgescheit, gebildet, blendend aussehend und maximal unabhängig: das war Iris von Roten, die Urheberin des ersten Urnengangs der Frauen im März 1957 in Unterbach im Wallis. Es ging um die Zivildienstpflicht der Frauen. Drum wollte man sie auch dazu befragen. Doch die Stimmen jener 33 Frauen, die sich tatsächlich zu stimmen traute, wurden vom Kanton für ungültig erklärt.

IM LAUFGITTER

Ein Jahr später, im Sommer 1958, publizierte Iris von Roten ihr Buch «Frauen im Laufgitter», eine radikale Kritik der herrschenden

Verhältnisse in der Schweiz. Die promovierte Juristin skandalisierte die tiefen Löhne, die miesen Arbeitsbedingungen und die untergeordnete Stellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Sie prangerte die Entmündigung der Ehefrauen, die politische Rechtslosigkeit und sexuelle Unterwerfung der Frauen an. Und sie entlarvt jegliche Argumentation mit der «Natur der Frauen» oder mit der «Mutterliebe» als perfide Strategie, um die Frauen kleinzuhalten, um sie «im Laufgitter» anzubinden.

PRIESTERIN DES HAUSES

Kurz vor Erscheinen des Buchs war in Zürich die Saffa, die Leistungsschau zur Arbeit der Frauen, angelaufen. Die an der Ausstellung beteiligten Frauenverbände verfolgten mit der Saffa das (nicht genannte) Ziel, die Männer vom Frauenstimm- und -wahlrecht zu überzeugen. Man wollte den Beitrag der Frauen im Berufsleben, in der Familienarbeit, im Haushalt, in Vereinen und den Landeskirchen aufzeigen um so ihre gesellschaftliche Mündigkeit zu untermauern. Man tat (fast) alles, um die Geneigtheit der Männer zu gewinnen. Der Ausstellungsrundgang begann zum Beispiel im «Tempel der Hauswirtschaft» mit der Frau als «Priesterin des Hauses».



«Ich wollte ein Fenster aufstossen.»

IRIS VON ROTEN: Sie war eine Pionierin und radikale Kämpferin für die Sache der Frauen. FOTO: KEYSTONE

Aber all das verding nicht: am 1. Februar 1959 wurde das Frauenstimm- und -wahlrecht mit 66 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Nur gerade in den drei Kantonen Genf, Waadt und Neuenburg gab es eine Mehrheit der Männer für ein Ja.

Im Vorwort zur Erstausgabe von «Frauen im Laufgitter» schreibt Iris von Roten selbstbewusst: «Hier ist das Buch, das ich mit zwanzig Jahren gern gelesen hätte.» Und 1990 bilanziert sie kurz vor ihrem Tod: «Ich wollte ein Fenster aufstossen.» Das hat sie definitiv getan. DORE HEIM

work-Serie: Jubiläums-Jahr

* Am 7. Februar 2021 werden es genau 50 Jahre her sein, dass die Frauen in der Schweiz das nationale Stimm- und Wahlrecht erhielten. Bis dann wird Gewerkschafterin und Historikerin Dore Heim die unerschrockensten und wichtigsten «Frauenrechtlerinnen» in einer work-Serie porträtieren. In der ersten Folge war es Katharina Zenhäusern, die als erste Schweizerin abstimmen ging. rebrand.ly/zenhausern

Neueste Forschung bringt Licht in den Skandal der versteckten Kinder

Sogar einen Säugling wollten sie ausweisen!

Das unmenschliche Saisonnierstatut zerriss Familien und ruinierte Biographien. Wie das geschah, zeigt jetzt eine historische Arbeit an der Universität Bern.

RALPH HUG

Sie kannte kein Erbarmen: Die Solothurner Fremdenpolizei (Frepo) wollte Giuseppe Perrone loshaben. Perrone war Saisonnier und 1961 in die Schweiz gekommen. Er arbeitete hier schon das fünfte Jahr in Folge. Das hätte ihn berechtigt, seine Familie nachkommen zu lassen. Allein, sie war schon da. Perrone hatte es jedoch unterlassen, ein Gesuch zu stellen. Die

«Es gibt eine Parallele zu den Verdingkindern.»

HISTORIKER BENYAMIN KHAN

Frepo bemerkte den illegalen Aufenthalt der Familie und setzte eine Frist zur Ausreise. Doch die Familie blieb. Perrones Frau Concetta war hochschwanger, als die Frepo ein zweites Mal die Ausreise verfügte. Keine Chance für die Familie Perrone: Sie musste zurück nach Italien.

BRUTALES STATUT

So wie den Perrones erging es wohl Tausenden von Italienerfamilien zwischen 1960 und 1980. Das brutale Saisonnierstatut verunmöglichte ihnen ein normales Familienleben (siehe Box unten). Dieses finstere Kapitel der Schweiz erhellt nun eine neue Studie von Benyamin Khan an der Universität Bern. Die Masterarbeit beleuchtet eingehend das Phänomen der versteckten Kinder. Also jener Kinder, die «illegal» in der Schweiz waren, weil das Saisonnierstatut ihren Aufenthalt verbot. Das Statut wollte Arbeitskräfte und keine Familien. Ein Familiennachzug war erst nach 18 Monaten möglich. Theoretisch. Viele Kinder mussten daher versteckt aufwachsen. In Hinterzimmern, Kellern, Estrichen und sogar in Kästen. Niemand durfte etwas von ihnen erfahren.

Historiker Khan stützt sich auf Akten aus dem Sozialarchiv und aus Basel. Hier blieben die Dokumente er-

Aus der Geschichte lernen: Nie wieder Saisonnierstatut!

Der Hofhistoriker der SVP, Peter Keller (SVP-Nationalrat und «Weltwoche»-Autor), schreibt: «Das Kontingentsystem hat sich dreissig Jahre lang bewährt.» Das ist falsch und verlogen. Es hat vielmehr zu Lohndruck, Schwarzarbeit, Ausbeutung und Willkür geführt. Und zu menschlichen Tragödien, wie die historische Forschung zeigt.

SCHNÜFFELSYSTEM. Das Saisonnierstatut wurde 1934 eingeführt. Ab 1949 wurde die maximale Aufenthaltsdauer auf 9 Monate gekürzt. 1963 führte der Bund Kontingente für die Kantone ein. Die Fremdenpolizeibehörden etablierten ein Schnüffelsystem gegen illegale Aufenthalte. Erst 2002 fiel das Saisonnierstatut gänzlich weg, zugunsten der Personenfreizügigkeit mit der EU und den sie flankierenden Massnahmen.

halten, während andere Kantone wie Bern oder Zürich sie achtlos wegwarfen. Khan sagt zu work: «Dass viele Akten vernichtet wurden, entsprach dem Zeitgeist. Es zeigt die mangelnde Sensibilität gegenüber der Geschichte der Migration.» Die Basler Akten führen das unmenschliche Regime vor Augen, das damals gegenüber Menschen aus dem Süden herrschte. So arbeitete zum Beispiel der Maurer Giuseppe Scardino aus Sizilien schon sieben Jahre lang in der Schweiz. Dennoch verweigerten ihm die Genfer Behörden eine Jahresbewilligung, und zwar ohne Begründung.

Als seine Frau Antonia, die ebenfalls als Saisonniere arbeitete, ein Baby zur Welt brachte, war Scardino verzweifelt. Als Saisonnier hätte er die Schweiz nach neun Monaten verlassen müssen, ebenso seine Frau mitsamt dem Baby. Auf Gesuch hin durfte die junge Mutter dank einem Arztzeugnis ohne Saisonunterbruch in der Schweiz bleiben. Aber Vater Giuseppe musste zurück nach Sizilien und dort drei Monate warten. Das Saisonnierstatut zerriss die junge Familie. Khans Fazit aus diesen und vielen weiteren Fällen: «Der Weg zum legalen Zusammenleben war für ausländische Familien von vielen Hindernissen gesäumt.» Praktisch schutzlos waren diese der Bewilligungsbehörde ausgeliefert.

Diese liess manchmal jegliche Humanität vermissen. So wollten die Genfer Behörden im Juli 1969 sogar einen zweieinhalb Monate alten Säugling ausweisen. Seine italienische Mutter lebte in Partnerschaft mit einem Landsmann. Dieser war in Italien noch verheiratet, konnte sich aber nicht scheiden lassen, weil Italien das Scheidungsrecht erst 1974 einführt. So war das Baby in den Augen der Behörden ein «irregulärer Aufenthaltler ohne Anspruch auf Bewilligung». Und musste weg. Als der Fall publik wurde, brach eine Welle der Empörung aus. Darauf krebste der Kanton zurück und kassierte den Entscheid der Frepo. Er sei «zu hart».

MÜTTER DRANGSALIERT

Besonders stark drangsalierten die oft fremdenfeindlich gestimmten Behörden alleinstehende Mütter mit «unehelichen» Kindern. Hier spielten konservative Wertvorstellungen mit, wonach solche Frauen «unsittlich» und «liederlich» seien. Die junge Italienerin Rita Rosario, die in einem Basler Hotel als Küchenangestellte arbeitete, musste mehrere Gesuche stellen, als sie ein uneheliches Kind bekam, damit sie nicht sofort die Schweiz verlassen musste. Die Frepo verlangte, dass sie ihr Kind nach Italien bringe. Was mit dem Kind geschehe, kümmerte die Behörde überhaupt nicht. In andern Fällen setzte die Frepo hartnäckig das Saisonnierstatut mit der Begründung durch, die Wohnung sei nicht geeignet, oder es fehle eine Betreuung für die Kinder.

Kein Wunder, wuchs so eine unbekannt Anzahl von Kindern im Versteckten auf. Die Familien lebten in der ständigen Angst, entdeckt und ausgewiesen zu werden. Das Unrecht, das die Schweiz diesen Leuten mit dem menschenrechtswidrigen Saisonnierstatut antat, ist bis heute ungegüht. Historiker Khan sagt, es gebe eine Parallele zu den Verdingkindern und den Kindern der Landstrasse. Opfer seien immer sozial schwache Personen gewesen. «Die Behörden hätten sich nie getraut, so mit Kindern aus Mittelstandsfamilien umzugehen.»



HERZERWEICHEND: Das Saisonnierstatut zerriss ganze Familien. Saisonniers aus Italien am Hauptbahnhof Zürich, 1965. FOTO: KEYSTONE



LANGES WARTEN: Ein Familiennachzug war im Saisonnierstatut erst nach 18 Monaten möglich. Italienische Familie am Hauptbahnhof Zürich, 1970. FOTO: KEYSTONE



HOCH DAS KIND! Viele Saisonnier-Kinder mussten sich im Keller, im Estrich oder im Hinterzimmer verstecken. Saisonniers aus Italien am Bahnhof Bern, 1962. FOTO: KEYSTONE



UNGEWISSE ZUKUNFT: Saisonnier-Familien lebten in ständiger Angst, ausgewiesen zu werden. Familie aus Spanien in Basel, 1964. FOTO: KEYSTONE



ILLU: WORK/FOTO: ISTOCK

Die Briefträgerin & der Scanner

Bisher hatte die Briefträgerin kein Smartphone. Nun hat sie eins: Postmail hat neue Scanner angeschafft. Es sind keine «Industriegeräte mit Laserstrahl» mehr, sondern eben schlaue Telefone



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

und im Leihbesitz der Angestellten. Sie werden nach Hause mitgenommen und dürfen bedingt auch für den persönlichen Gebrauch verwendet werden. Eine Pflicht zur Dauerverfügbarkeit der Postangestellten dagegen wird ausdrücklich verneint.

GESICHTSERKENNUNG. Die letzten Monate waren geprägt von Geflüche: «Dä Schiss-Scanner!» Hin und wieder in einer Atempause am Gestell dachte die Briefträgerin: «Hintergrund dieses Geschimpfes ist wieder die Zeit, auf deren effiziente Nutzung wir aberichtet wurden. So dass wir nicht in Ruhe abwarten können, bis der Scanner eine

«Wir sind auf die effiziente Nutzung der Zeit abgerichtet.»

App geöffnet oder eine Anfrage beantwortet hat. Immer, wenn etwas nicht wie am Schnürchen läuft, ertönen die Flüche. Nicht normal, oder?»

Der neue Scanner ist schnell. Und damit er noch schneller wird, kann alternativ zum Passwort ein Fingerabdruck gespeichert oder eine Gesichtserkennung aktiviert und zum Beenden des Standby-Modus verwendet werden. Der Briefträgerin sträuben sich die Haare, als sie das vernimmt. Der Nocht-Teamchef, jung und souverän, quittiert ihren Einwand: «Ihr müsst nicht, aber ich empfehle euch aus Zeitgründen, eine der beiden biometrischen Methoden anzuwenden.» Auf dem Beipackzettel liest die Briefträgerin, dass sowohl Fingerabdruck, wie Gesicht nur lokal auf dem Gerät gespeichert werden. Das mag die Regel sein. Gibt es Ausnahmen? Was machbar ist, kann gemacht werden. Auf richterlichen Befehl hin, via Notrecht oder aus anderen Gründen.

FAST NIE VERTIPPT. Ausser der Briefträgerin gibt solches anscheinend niemandem zu denken. Die Schulung widmet sich anderen Themen.

Die Flüche sind seit der Einführung des neuen Scanners seltener geworden und haben andere Gründe. Und die Briefträgerin ist schon ganz geschickt im Umgang mit dem neuen Gerät. Bei der Eingabe des Passwortes vertippt sie sich fast nie.

Wohnraum und Löhne: Nicht die Migranten sind das Problem

Die masslosen Blochers



PLATZVERSCHWENDUNG: Die Blocher-Residenz in Herrliberg ZH. Rund 14 000 Quadratmeter beanspruchen die Blochers für sich allein. FOTO: GOOGLE EARTH

Die SVP macht Migranten und Migrantinnen für die Wohnungsknappheit und den «Dichtestress» verantwortlich. Das ist widerlegt. Belegt ist aber, wie masslos der Blocher-Clan wohnt.

CLEMENS STUDER
«Zu viel ist zu viel», schreibt die SVP von ihren Fütli-Plakaten und -Inseraten für ihre Kündigungsinitiative. Und zeigt einen breiten EU-Hintern, unter dem die Schweiz («Unser kleines Land») zerbricht. Doch wie gross ist eigentlich das Land, auf dem SVP-Führer Blocher lebt? Das unabhängige On-

lineportal **Infosperber.ch** hat das jetzt verdienstvollerweise aufgearbeitet.

Das Ergebnis: Das Ehepaar Christoph und Silvia Blocher verwohnt 100 Mal mehr Fläche als die gewöhnlichen Einwohnerinnen und Einwohner des überdurchschnittlich dicht besiedelten Kantons Zürich. Und so kam die Rechnung zustande: Laut der neusten Arealstatistik des Bundes beanspruchen eine Zürcherin oder ein Zürcher 264 Quadratmeter Siedlungsfläche. Davon entfällt knapp die Hälfte auf Verkehrs-, Industrie, Gewerbe- und öffentliche Erholungsflächen. Die sogenannten Gebäudeareale, die hauptsächlich zum Wohnen genutzt werden, liegen bei durchschnittlich 138 Quadratmetern, dazu gehören zum

Beispiel auch Treppenhaus oder Waschküche. So viel zum Landverbrauch des Zürcher «Volchs».

Infosperber hat nun den Ortsplan der Gemeinde Herrliberg konsultiert und sich das Blochersche Anwesen angeschaut. Resultat: Abzüglich des Büros der Ems-Holding verbleiben für die beiden Blochers rund 14 000 Quadratmeter. Für den Erstwohnsitz notabene.

DIVIDENDEN STEIGEN

Masslos ist der Blocher-Clan nicht nur beim Landverbrauch, sondern auch in Sachen Einkommen, wie der «Blick» ausgerechnet hat. Vor 10 Jahren verdienten Ems-Mitarbeitende im Durchschnitt 73 202 Franken. Im letzten

Jahr waren es noch 68 924 Franken. Während die Mitarbeitenden weniger verdienen, zockt der Blocher-Clan massiv Dividenden ab. Diese stiegen von 2010 bis 2019 von 189,9 Millionen

Christoph und Silvia Blocher verwohnen 100 Mal mehr als die «gewöhnlichen» Leute.

auf 329,8 Millionen Franken. Im Unterschied zu den ausbezahlten Löhnen werden Dividenden nicht vollständig versteuert – dafür sorgen die rechten Parteien von SVP bis GLP mit immer neuen Steuergeschenken an Reiche und Superreiche.

Rechter Ökonom: Zuwandernde Lohnabhängige sollen «Eintritt» bezahlen

Alter Ausbeutungswein in neuen Schläuchen

Rechte Ökonomen finden immer wieder Wege, mit «neuen» Vorschlägen noch massivere Ausbeutung von Lohnabhängigen zu fordern. Immer vorne dabei: Reiner Eichenberger, Professor an der Universität Freiburg.

CLEMENS STUDER

Manchmal muss man ein bisschen ausholen: In unserem aktuellen Wirtschaftssystem werden Arbeitende grundsätzlich ausgebeutet. Das liegt an der Struktur. Und die funktioniert so: Eine bestimmte Summe Kapital wird in Form von Produktionsmitteln (zum Beispiel Maschinen, Software, Patentrechten, Arbeitsräumen usw.) Arbeitenden zum Produzieren zur Verfügung gestellt. Die Arbeitenden erhalten dafür einen Lohn.

Im Gegenzug müssen sie dem Kapitalgeber den Mehrwert überlassen, der dieser schöpft, wenn er die produzierten Güter verkauft. Das ist – ein bisschen vereinfacht – die Rendite auf dem Kapital. Wer diese Mechanik erkennt, erkennt auch: Die Rendite auf angelegtem Kapital ist immer der Mehrwert, den andere mit ihrer Arbeitskraft geschaffen haben.



REINER EICHENBERGER: Hofökonom des Kapitals. FOTO: GETTY

Die Interessen des Kapitals und der Arbeit stehen sich also diametral gegenüber. Denn was die eine Seite kassiert, fehlt der anderen.

Darum war, ist und bleibt die Lohnfrage die wichtigste Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern auf der einen und den Gewerkschaften auf der anderen Seite. Gewerkschaftlich organisierte Lohnabhän-

gige können in vielen Fällen so immerhin eine Überausbeutung verhindern, also Ausbeutung, die über die

Mit der «Kurtaxe» à la Eichenberger kämen alle Löhne unter Druck.

im Kapitalismus «normale» hinausgeht. Das stört die Profitmaximierer unter den Kapitalbesitzenden. Und darum halten sie sich willfährige Ökonomen, die «wissenschaftlich» versuchen, neben der «normalen» Ausbeutung der Arbeitskraft auch die Überausbeutung zu begründen.

Einer dieser Hofökonom des Kapitals ist Reiner Eichenberger, Professor an der Uni Freiburg. SVP-nahe und marktradikal. Und darum so beliebt bei den Einheitsredaktionen von CH-Media («Mittelland-Zeitung»/NZZ-Landzeitungen), NZZ und TX-Group («Tages-Anzeiger», «Berner Zeitung», «Bund» usw.). Eichenberger ist gegen die Personenfreizügigkeit. Also eigentlich vor allem gegen die flankierenden Massnahmen. Denn diese ermöglichen es organisierten Arbeitnehmenden, sich effizienter gegen Überausbeutung zu wehren. Ganz

anders als unter einem Kontingentsystem, wie es die SVP statt der Personenfreizügigkeit einführen möchte.

Seit Jahren haust Eichenberger jetzt schon mit der Idee, einwandernde Lohnabhängige mit einer Sondersteuer zu belegen. Einer «Kurtaxe». Kurz vor der Abstimmung zur SVP-Kündigungsinitiative vom 27. September jetzt wieder in der NZZ und den CH-Medien.

ZWANGSABGABE

Doch was hiesse diese «Kurtaxe» als Alternative zur Personenfreizügigkeit konkret? Ganz einfach: Wir hätten dann den Schutz der Schweizer Löhne nicht mehr, den die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit ermöglichen. Stattdessen würden zuwandernde Arbeitende mit einer Zwangsabgabe geschröpft. Mit dem Resultat, dass alle Löhne unter Druck kämen. Überausbeutung an allen Fronten. Also genau das, was das Kapital sich wünscht.

Fazit: Meist lohnt es sich für Lohnabhängige, bei vermeintlich «innovativen» Vorschlägen rechter Ökonomen genau hinzuschauen. Oft sind sie nur alter Ausbeutungswein in neuen Schläuchen.



Eric Ducret (45), Bauarbeiter

Eine Beleidigung

« Diese Initiative ist eine Beleidigung für alle Migrantinnen und Migranten, die die Schweiz mitgebaut haben und Teil sind der Schönheit dieses Landes. Mit falschen ökologischen und demographischen Argumenten will die SVP den flankierenden Massnahmen und den Gesamtarbeitsverträgen an den Kragen. Oligarchen wie die Familie Blocher reiben sich bereits die Hände, um ihre Profite auf dem Rücken der Mitarbeitenden zu steigern. Sie wollen mehr Zugang zu billigen Arbeitskräften haben und kreieren damit ein enormes Lohndumping.»

Manuela Peduzzi (50), Sicherheitskraft

Sicherheit nur so

« Ich sage entschieden Nein zur Kündigungsinitiative, die uns unsere Rechte wegnehmen will. Ein guter GAV und griffige Kontrollen: nur das bringt uns Sicherheit! »



Abstimmung vom 27. September: SVP-Kündigungsinitiative

«Ich stimme Nein, weil...»

Acht Berufsfrauen und -männer und Unia-Mitglieder sagen, warum sie ein Nein zur SVP-Kündigungsinitiative in die Urne legen werden. Das sind ihre Argumente.

Susanna Keller (57), Verkäuferin

Kein Rückfall



« Mit der Initiative würden sich Gesamtarbeitsverträge und Mindestlöhne in Schall und Rauch auflösen. Die Folge wären Dumpinglöhne, mit denen niemand überleben kann. Während

Krankenkasse, Miete und Steuern weiter steigen. Die SVP möchte am liebsten wieder Saisoniers wie früher, mit schlechten Löhnen und ohne Rechte. Das wäre ein Rückfall in schlimme Zeiten! Deshalb sage ich Nein zu dieser Initiative.»

Goran Trujic (49), gelernter Mechaniker

Für unsere Zukunft



« Gute Beziehungen zu unseren Nachbarländern sind wichtig für unsere Arbeitsplätze und entscheidend für die Zukunft unserer Industrie. In der Schweiz mit Schweizer

Löhnen und guten Arbeitsbedingungen produzieren und unsere guten Produkte exportieren: so soll es funktionieren.»

Beat Schenk (28), Elektroinstallateur

Solidarität ist unsere Stärke



« Mit der Kündigungsinitiative versucht die SVP einmal mehr, einen Keil zwischen Arbeiterinnen und Arbeiter mit und ohne Schweizer Pass zu treiben. Es geht ihr nicht um die Interessen der Schweizer Búezerinnen und Búezer, sondern um ihr eigenes Portemonnaie. Arbeits-

kämpfe werden ausgehebelt, der Lohnschutz fällt, und unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen werden ständig bedroht, ihren Aufenthaltsstatus zu verlieren. Die SVP will Konkurrenz und Missgunst unter den Arbeitenden, unsere Stärke aber ist die Solidarität.»

Alice Kropf (47), Psychiatriepflegerin

Qualität würde leiden



« Ohne Personenfreizügigkeit fehlen im Gesundheitswesen Zehntausende von Fachkräften, besonders aus Deutschland. Der SVP schwebt vor, dass die Schweiz dann schlecht ausgebildete Billigst-Arbeitskräfte aus Drittländern holt, etwa aus dem asiatischen Raum.

Das wäre aber ein Riesenverlust an Qualität in der Pflege! Darunter würden alle Patientinnen und Patienten leiden, und die Arbeitsbedingungen in der Pflege kämen noch mehr unter Druck.»

Jessica Fricker (26), Pflegerin

Besser mal danke sagen



« Saubere Strassen, gepflegte WC und Arbeitsplätze: das verdanken wir einem Top-Personal, das meistens seine Wurzeln im Ausland hat. Anstatt dass man versucht, diese Menschen

nicht mehr in die Schweiz zu lassen, sollten wir ihnen danke sagen. Denn ich bin überzeugt: Ohne sie würde die Schweiz den Glanz und die Magie verlieren. Danke an alle, die täglich aufstehen und eine Arbeit machen, die vielleicht kein Traumjob ist! Euch braucht's! »

Milanka Kurti Fankhauser (54), Stadtführerin

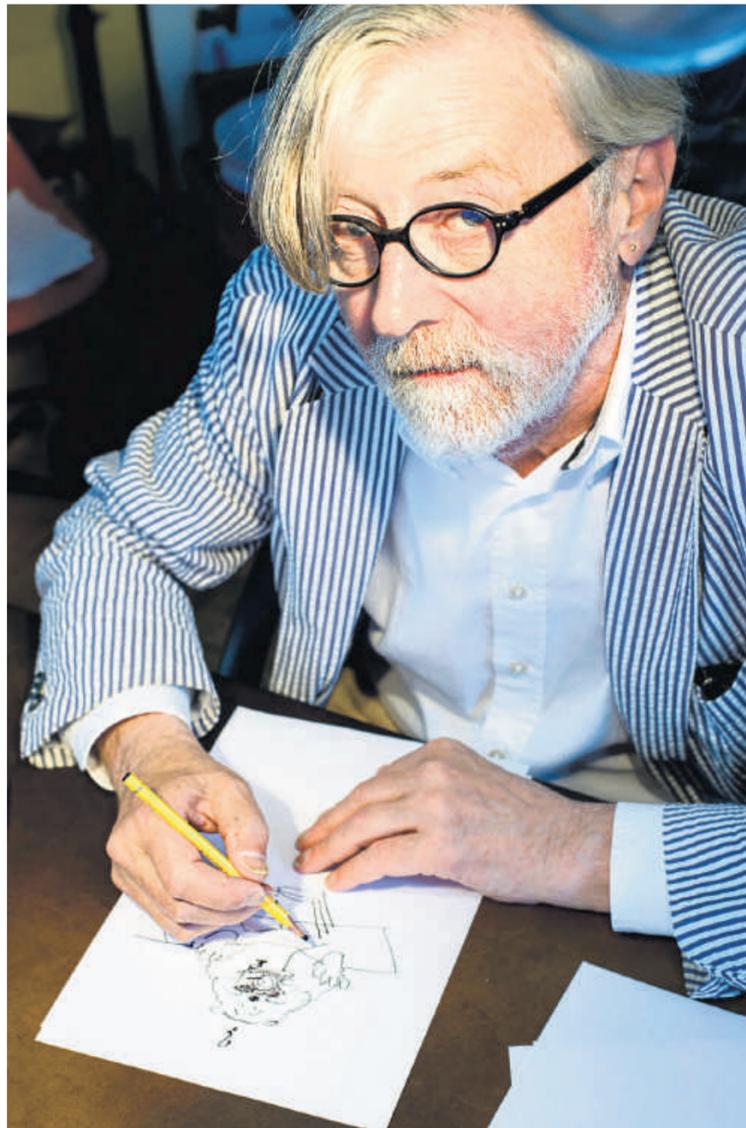
Zusammenhalt



« Ich bin gegen die Kündigungsinitiative der SVP. Ich arbeite in der Tourismusbranche. Wir brauchen nicht noch eine grössere Krisensituation, vor allem nach dem, was wir jetzt erlebt haben mit Corona. Wir müssen zusammenhalten! »

Abschied von work-Biberli-Zeichner Rolf Willi (1949 – 2020)

«Alles wird ganz leicht»



IMMER MIT STIL: Zeichner Rolf Willi in seinem Atelier in Zürich. FOTO: MICHAEL SCHOCH

Seit 2001 hauchte er dem work-Biberli Leben und Worte ein: der Zürcher Grafiker und Illustrator Rolf Willi. Jetzt ist er 71-jährig so gegangen, wie er gelebt hat.

MARIE-JOSÉE KUHN

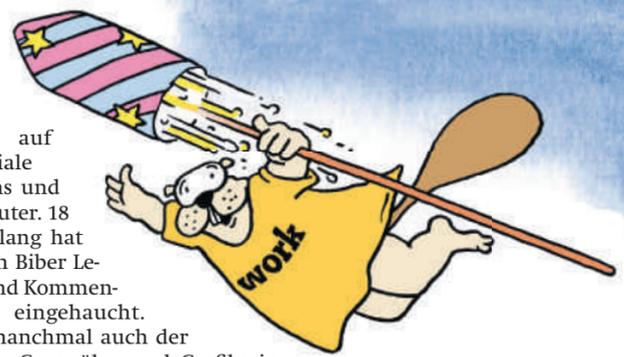
Seine letzte Nachricht erreichte uns zehn Tage vor seinem Tod: «Nachdem die krebstherapie nicht funktioniert, habe ich mich entschlossen, der sache ein ende zu setzen. ich reduziere mich. nur noch flüssige mahlzeiten – wiege noch gut fünfzig kilo – und nächste woche wird das cortison abgesetzt. dann reduzieren sich hoffentlich auch die unnötigen gedanken, und alles wird ganz leicht. schön war's! Rolf.»

Rolf Willi ging, wie er gelebt hatte: mit Stil. Auf dem Foto, das die schnörkellos-traurige Nachricht begleitet, sitzt er, ganz Dandy, mit Anzug und Borsalino in einer Rakete auf einem Kinderspielplatz: bereit zum Abheben. Am 22. August war es dann so weit, er verliess uns so, «wie er es sich gewünscht hatte», liess uns seine Frau wissen: «selbstbestimmt, ohne Schmerzen und Medikamente». Ganz leicht.

GANZ LEICHT

So zeichnete Willi auch, ein, zwei, drei Striche, und fertig war das work-Biberli, mal stinksauer, mal strahlend, naserümpfend oder spu-

ckend auf unsoziale Patrons und Ausbeuter. 18 Jahre lang hat er dem Biber Leben und Kommentare eingehaucht. Und manchmal auch der Biberin. Gegenüber work-Grafikerin Nina Seiler, die ihn 2014 für die Zeitung porträtierte, sagte er damals: «Am liebsten hab ich den Biber, wenn er sauer ist. Irgendjemand bescheisst die Buezer, und dann ist er einfach stinksauer. Das ist schön zum Zeichnen und dient der Sache.»



Biberli meint: «Hey, Captain Willi, wait! Will mit dir fliegen in der Rakete!»

DER SACHE DIENEN

Das war natürlich masslos untertrieben, Willi konnte viel mehr, er war ein Alleskönner: Er entwarf Werbeklassiker wie die Dul-X-Verpackung, Assugrin-Sachets oder Speisekarten für Mövenpick. Aber er zeichnete auch Comics und Kulinarisches. Er fälschte eine Tiergeschichtensammlung im Stil des 16. Jahrhunderts, in alter Schrift und frühneuhochdeutscher Sprache. Und er gab Workshops an der St. Galler Schule für Gestaltung. Da stellte er beispielsweise die Aufgabe, ein Mega-Poster für den Times Square in New York zu entwerfen. Und zwar so, dass nach einer halben Stunde die Polizei kommen und sagen würde, das müsse weg. Die genialste Lösung, erinnert sich Willi, sei ein Fadenkreuz gewesen, darunter einige Zeilen in arabischer Schrift. Eine visuell umgesetzte Terrorattacke. Solche «Gedankensprünge» seien ja das Lustige am Grafikerberuf.

Das war das Salz in seiner Seele: Gedanken-, Zeit- und sogar Ge-

schlechtersprünge. Mal trat Rolf Willi im Theater am Neumarkt in einem Tütü auf. Als Handwerker Flaut in Shakespeares «Sommernachts Traum». Für ihn kein Problem. Denn Willi war ein (Lebens-)Künstler. Einmal im Jahr schickte er uns das Biberli von Irland rüber. Dort flog er immer wieder hin zum «kontemplativen Fischen», wie er sagte. Kontemplatives Fischen? Genau, so Willi: «Der Fisch ist nicht das Ziel!»

NICHT DAS ZIEL

Immer ein bisschen am Ziel vorbei und immer mit kleinen Widerhaken. Den Witz sah man bei Rolf Willi immer erst auf den zweiten Blick: Auf einem Selbstportrait stützt er seinen Kopf in die... oh, das sind ja die Füße! Einmal ernst – immer selbstironisch. Jetzt ist es Rolf Willi todernst gewesen. Wir vermissen ihn.

Und sein work-Biberli mag auch nicht mehr, ohne ihn. Es meint: «Hey, Captain Willi, wait! Will mit dir fliegen in der Rakete!»

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Widerstand und Technologie: So beschleunigte der Hambacher Forst den Ausstieg Deutschlands aus Atom- und Kohlestrom

Politik ist immer auch Symbolpolitik. Das zeigt der Widerstand der Klimabewegung im deutschen Hambacher Forst. Er hat sogar den Kohleriesen RWE in die Knie gezwungen.

Es gibt Bilder, die prägen sich dauerhaft im kollektiven Gedächtnis. Wer Begriffe prägt und Bilder transportiert, gewinnt in der Regel an Zustimmung. Wer heute noch Strom mit Braunkohle produziert, heisst das Klima maximal an. Weil Braunkohlekraftwerke einen verdammt schlechten Wirkungsgrad haben. Wer den CO₂-Ausstoss schnell senken will, muss Braunkohlekraftwerke subito vom Netz nehmen.

Der Kohleriese RWE wollte in Deutschland den Hambacher Forst roden, um die unter der Erdschicht des Waldes liegende Braunkohle abzubauen. Die Aktivistinnen und Aktivisten von «Fridays for Future», «Ende Gelände» und anderen Organisationen bauten Waldhütten, ketteten sich an Bäume, um das zu verhindern. RWE rief die Polizei. Der Dokumentarfilmer Steffen Meyn fand den zu frühen Tod. Der Hambacher Forst wird nun nicht abgeholzt.

ALLES ANDERS. Zwei Jahre später sieht Rolf Martin Schmitz, der neue CEO von RWE, alles anders als sein Vorgänger: «Ja. Der Kernenergieausstieg läuft, beim Kohleausstieg fehlen nur noch die letzten

Details. Wir und vor allem unsere Mitarbeiter haben Planungssicherheit – und RWE kann sich dem neuen Kerngeschäft mit erneuerbaren Energien zuwenden. Noch dazu sind wir bisher sehr gut durch die Coronakrise gekommen ...

Ja. Wenn es machbar ist, also wenn der Ausbau der Erneuerbaren und der Netze sehr schnell vorankommt, wären wir bereit, den Kohleausstieg zu beschleunigen ... Tatsächlich haben «Fridays for Future» und ähnliche Bewegungen das Thema Klimaschutz international nach oben auf die Agenda gebracht. Und das war auch gut so ...

An meinem Plädoyer, stets die Versorgungssicherheit im Blick zu behalten, halte ich fest. Worin ich mich getäuscht habe, ist die Geschwindigkeit, in der die erneuerbaren Energien wirtschaftlich geworden sind ...

Wir haben ja klar definiert, dass wir 2040 klimaneutral sein werden.»

ZUR ERINNERUNG. Deutschland steigt 2022 definitiv aus der Atomenergie aus. In der Schweiz darf der älteste Atomkraftwerkpark der Welt unbeschränkt weiterlaufen. In Deutschland will RWE neu bis 2040 klimaneutral sein. In der Schweiz, die dank der Wasserkraft über weit bessere Voraussetzungen verfügt, will sich Umweltministerin Sommaruga bis 2050 Zeit lassen. Obwohl keine Region Europas unter der schnellen Erwärmung des



PRÄGEND: Um zu verhindern, dass der Hambacher Forst einer Kohlegrube zum Opfer fällt, bauten Umweltaktivisten Baumhütten und ketteten sich an Bäume – mit Erfolg! FOTO: HAMBACHERFORST.ORG

Klimas mehr leiden wird als die Alpen, als die Schweizer Alpen und somit unsere Gletscher.

Unsere Klimajugend ist stinksauer auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der SP und der Grünen. Diese liessen sich zuerst von Umweltminister Moritz Leuenberger einwickeln, dann von Umweltministerin Doris Leuthard. Und jetzt von Simonetta Sommaruga.

Die Klimajugend will jetzt mit Aktionen aktiv werden. Na hallo, ist aber auch an der Zeit! Das Beispiel des Hambacher Forsts zeigt, dass es eine Dialektik zwischen politischen Bewegungen und technischem Fortschritt gibt.

Optimismus ist angezeigt, denn Solarzellen werden überall billiger. Die Solarfirma Meyer Burger will diese sogar in Europa produzieren.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/tod-im-forst

Die deutsche Tageszeitung «nd» (Neues Deutschland) – ja, es gibt sie noch! – berichtet über den Tod des damals 27 Jahre alten Steffen Meyn, der vor zwei Jahren aus 25 Metern in den Tod stürzte. Im Kampf gegen RWE und die Braunkohle.

● rebrand.ly/interview-schmitz
Das ganze Interview mit dem CEO von RWE, Rolf Martin Schmitz.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Das berichten Sexarbeiterinnen in der Schweiz: Schlaglicht aufs Rotlicht

Journalistin Aline Wüst recherchierte zwei Jahre lang im Schweizer Sexgewerbe. Jetzt ist ihr neues Buch erschienen.

PATRICIA D'INCAU

In der Lounge von Annas Puff sitzen drei Männer, gerade mal volljährig. Vis-à-vis von ihnen: vier Frauen in Reizwäsche. Hinter ihnen: drei Frauen in Reizwäsche. An der Bar: drei Frauen in Reizwäsche. Die Männer: schauen auf ihre Smartphones.

Der eine sucht sich irgendwann doch noch eine Frau aus. Der andere will nur etwas trinken. Der dritte kann sich nicht entscheiden. Und macht «Aazelle, Bölle schelle... piff, paff, puff... und du bisch duss.»

UNSICHTBARE ARBEIT

«Piff, paff, puff.» Ausgerechnet hier. Im Puff. Dem jungen Mann entgeht die Ironie, aber Journalistin Aline Wüst nicht. Sie sitzt an diesem Abend ebenfalls in Annas Bordell. So, wie sie es an vielen Abenden in den letzten zwei Jahren getan hat. Auf Recherche für ihr Buch, eine 168 Seiten lange Reportage über Prostitution in der Schweiz.

Wüst will wissen, was in den Schweizer Bordellen vorgeht, im Leben der Sexarbeiterinnen. Und in den Köpfen der Freier, zu denen jeder fünfte Mann in der Schweiz gehört oder schon einmal gehört hat. Sie will durchleuchten, wie das Sexgewerbe funktioniert, und die Frauen sprechen lassen, die sich Roxy, Elena oder Maria nennen. Und von denen die Journalistin schon 2018 in ihrer ersten Puff-Reportage für den «Sonntagsblick» schreibt: «In der Schweiz ist wenig bekannt über Frauen wie Maria. Obwohl hierzulande vieles akribisch erfasst wird. Zum Beispiel die Anzahl von Kühen, auf die Kuh genau. Wie viele Prostituierte es gibt, weiss dagegen keiner.» Obwohl Sexarbeit in der Schweiz schon seit 1942 legal ist. Deshalb besucht Aline Wüst den Strassenstrich in Olten, spricht mit einem Psychiater in Bern, hört Geschichten über getötete Prostituierte in Luzern und schliesst in Zürich Freundschaft mit Sara, einer Sexarbeiterin aus Bulgarien. Einmal fragt Wüst sie,



ROSAROTE ZONE: Die Fotografin Yoshiko Kusano hat in Europa und in Japan die Zimmer von Sexarbeiterinnen fotografiert. FOTO: YOSHIKO KUSANO

warum sie mit der Sexarbeit begonnen habe. Sara sagt: «Es gab keine Person, die mich gezwungen hat. Es war das Leben, das mich zwang. Mein Zuhälter ist das Leben.»

«ICH BIN AUCH EIN MENSCH»

Sara wollte Fitnesstrainerin werden, Pianistin oder Kunstmalerin. Die Mutter war dagegen. «Ich müsse Ärztin oder Anwältin werden», sagte sie. «Nun, heute bin ich eine Schlampe.»

Sara braucht Geld und verkauft Sex, für sich und ihre Familie in Bulgarien. Doch sie möchte aussteigen, Fabrikarbeiterin werden, «ein langweiliges Leben leben». Ein Leben vielleicht, wie es Anna einmal hatte. Anna, die Bordellbesitzerin, bei der Journalistin Wüst auf ihrer Recherche regelmässig in der Lounge sitzt. Früher führte sie mit ihrem Mann ein eigenes Geschäft. Dann mussten sie Konkurs anmelden, und Anna, damals 47, fand keine Stelle mehr. Irgendwann habe sie sich gedacht: Im Sexgewerbe gibt es immer Arbeit. Sie meldete sich auf eine Anzeige. Nicht als

Sexarbeiterin. Auch wenn sie dann doch eine wurde. Als eine der wenigen Schweizerinnen überhaupt (siehe Box).

Mittlerweile vermietet Anna Zimmer, nennt sich selber Puffmutter. Bei ihr zu Hause aber hängt ein Bild, das früher in dem Zimmer hing, in dem sie anschaffte. Das Bild ist eine Erinnerung. Denn: «Wie es sich anfühlt, wehrlos vor einem Freier am Boden zu liegen, das will ich nie vergessen», sagt Anna. Keine Frau mache diese Arbeit gerne. Und doch: Die Sexarbeit habe sie vieles gelehrt. Sie sei stark geworden, darauf sei sie stolz.

Anna sieht es so: «Ja, wir geben. Aber wer gibt, bekommt auch etwas zurück.» Sara sieht es anders: «Ich nehme Geld, ja. Aber ich gebe auch etwas von mir. Jedesmal gebe ich ein Stück von mir. Von meiner Seele – oder von dem, was da halt drin ist. Irgendwann wird es leer sein in mir.» Und doch gibt es Punkte, in denen sich in Wüsts eingängiger Reportage alle Frauen einig sind. Sie wollen Rechte, wie Frauen in anderen Berufen auch. Sie wollen Gesund-

Sexarbeit: Milliardenengeschäft

Laut Schätzungen sind bis zu 90 Prozent der Sexarbeiterinnen in der Schweiz Migrantinnen. Sie kommen vor allem aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Sie arbeiten als Selbstständige, ohne grosse Absicherung. Vom milliardenschweren Umsatz (in der Schweiz: 0,5 bis zu 3,5 Milliarden Franken pro Jahr) haben die Frauen wenig. Der Grossteil des Geldes fliesst an Zuhälter, Bordell- und Clubbetreiber, Immobilienbesitzer und Investoren. Oder an «Loveboys» im Ausland. Also Männer, die so tun, als würden sie eine Frau lieben. Und sich von ihrer Sexarbeit ein Luxusleben finanzieren lassen. (pdi)

heit und Sicherheit. Und sie wollen Respekt. Und keine Kunden wie der, der Elena anschreit: «Wieso schluckst du mein Sperma nicht? Du bist doch eine Schlampe.» Oder wie all jene, von denen Roxy erzählt, die denken, «nur weil sie bezahlt haben, können sie mit mir machen, was sie wollen». Diese Erniedrigung gehöre zum Schlimmsten. Denn: «Eigentlich bin ich nicht bloss Fleisch. Ich bin auch ein Mensch.»

Aline Wüst: **Piff, Paff, Puff. Prostitution in der Schweiz.** Echtzeit-Verlag, 168 Seiten, CHF 29.–. Lesungen: 5. Oktober, 20 Uhr in Bern. 12. Oktober, 19.30 Uhr in Chur. 23. Oktober, 20.00 Uhr in Luzern.

Volksabstimmungen Vom Trauma zur Politik

Niveau ist nie, wo wir sind. So ticken die Schweizer Fremdenfeinde, wenn sie in den Abstimmungskampf ziehen. Dann nämlich lassen sie ihren niedersten Instinkten freien Lauf und überschwemmen das Land mit rassistischen Plakaten. Zu sehen gibt's dann nicht nur Ratten, Raben und Würmer, sondern auch Messerstecher, Kinderschänder und Vergewaltiger. Für die Menschen, die mit dieser Hetze ins Visier geraten, kann das traumatisierend sein. Aber zugleich auch mobilisierend und politisierend. Darüber diskutieren an einer Online-Veranstaltung die Schriftstellerin Melinda Nadj Abonji, der Kinderbuchautor Mohamed Wa Baile, der SP-Politiker Arber Bullakaj und die Historikerin Francesca Falk von der Universität Bern. Moderiert wird der Anlass von WOZ-Redaktor Kaspar Surber.

Von Schwarzenbach bis zur Gegenwart: Wenn Abstimmungen traumatisieren und politisieren. Online-Diskussion am Dienstag, 22. September, 20 Uhr unter: rebrand.ly/abstimmungsfolgen.

Frauen und Technik

Computer-Pionierinnen

Noch immer sind sogenannte MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) bei Schülern beliebter als bei Schülerinnen. Das liegt nicht in der Natur der



MARGARET HAMILTON: Entwickelte die Software für Apollo 11.

Sache, sondern an geschlechtsspezifischer Sozialisation. Trotzdem gab es sie schon immer, die herausragenden Spezialistinnen der Hard Science. Und die Computerwelt wäre ohne Frauen nie so weit, wie sie es heute ist. Denn den Weg zur Informatik ebneten Vordenkerinnen der Mathematik. So erfand eine Frau die erste Programmiersprache der Welt. Die ersten Computer entwickelten Spezialistinnen mit. Und auch die Software zur ersten bemannten Mondlandung lieferte ein weibliches Genie. Nun würdigt die Zeitschrift «National Geographic» die IT-Pionierinnen mit einer umfassenden Online-Fotogalerie.

National-Geographic-Galerie: **Brillante Programmierinnen der Geschichte** unter rebrand.ly/pionierin.

Ausstellung

Verdingt in Graubünden

Fremdplaziert, verdingt, entmündigt, in Anstalten versorgt, zwangsadoptiert oder -sterilisiert: Bis in die 1970er Jahre waren in der Schweiz Zehntausende Kinder, Jugendliche und Erwachsene von fürsorglichen Zwangsmassnahmen betroffen. In Graubünden waren es mehrere Tausend. Viele Betroffene waren arm, und ihre Lebensweise wich von der bürgerlichen Norm ab. Für die Behörden oft Grund genug für massive Eingriffe. 2017 entschuldigte sich die Bündner Regierung für das zugefügte Leid und gab eine Studie samt öffentlicher Vermittlung in Auftrag. Herausgekommen ist eine hochinteressante, kritische und multimediale Ausstellung.

Sonderausstellung Vom Glück vergessen. Fürsorgliche Zwangsmassnahmen in Graubünden. Bis am 28. Februar 2021 im Rätischen Museum in Chur. rebrand.ly/raetia.

workxl der wirtschaft

Hans Baumann



VERTRAUEN IN DIE POLITIK: RIESIGE UNTERSCHIEDE IN EUROPA

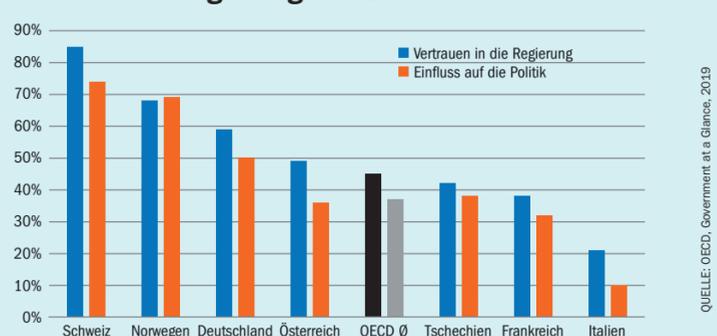
Der Abstimmungssonntag vom 27. September hat es in sich. Zu den fünf eidgenössischen Vorlagen kommen noch kantonale und kommunale Abstimmungen. In der Stadt Zürich sind es 13 Vorlagen auf einmal! Vielen Stimmberechtigten ist das zu viel. Und trotzdem: In kaum einem Land ist das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung und die demokratischen Institutionen so hoch wie in der Schweiz. Genau das Gegenteil ist in unserem Nachbarland Italien der Fall, wo dieses Vertrauen in den letzten Jahren massiv gesunken ist. Die Unterschiede in Europa sind enorm.

BESTNOTE. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) publiziert alle paar Jahre einen Vergleich über das Funktionieren der staatlichen Institutionen und der Regierungen. Dazu gehört auch eine Umfrage bei der Bevölkerung, wie sie mit der Regierung, dem Funktionieren der Demokratie und dem Service public zufrieden sei. In der Schweiz geben 85 Prozent der Befragten an, sie würden der Regierung, also dem Bundesrat, vertrauen. Das ist der beste Wert aller OECD-Länder. Einige skandi-

navische Länder, wie zum Beispiel Norwegen, schneiden ebenfalls gut ab. Auch Deutschland und Österreich sind noch über dem OECD-Durchschnitt von 45 Prozent, während Frankreich und Italien deutlich zurückliegen.

TIEFPUNKT. Ein Vergleich mit der entsprechenden Umfrage im Jahr 2007 zeigt, dass in vielen Ländern die Finanzkrise und die darauf folgende Eurokrise deutliche Spuren hinterlassen haben. Während in Italien, genau wie in Griechenland und Spanien, das Vertrauen in die Regierung stark zurückging, nahm es in der Schweiz und Deutschland zu. Aus der nebenstehenden Grafik wird ersichtlich, dass dies auch damit zusammenhängt, wie die Bevölkerung das Funktionieren der Demokratie einschätzt. Im OECD-Durchschnitt sind nur 37 Prozent der Befragten der Meinung, sie hätten Einfluss auf die politischen Entscheide in ihrem Land. Ein erschreckend tiefer Wert. Auch hier ist die Schweiz mit einem Wert von 74 Prozent an der Spitze. Norwegen und andere nordische Länder haben auch gute Werte, während keines unserer Nachbarländer auf über 50 Prozent kommt.

Vertrauen in Regierung und Demokratie



Beispiel: Im OECD-Durchschnitt gaben 45 Prozent der Befragten an, sie seien mit der Bundesregierung zufrieden. 37 Prozent sind der Meinung, sie hätten Einfluss auf die politischen Entscheidungen («one's belief that one has a say in what the government does»).

Das heisst, eine Mehrheit der Bevölkerung findet, sie habe keinen oder kaum Einfluss auf politische Entscheide. Das gute Abschneiden der Schweiz hängt sicher mit der langen Tradition der direkten Demokratie zusammen. Auch wenn die Stimm- und Wahlbeteiligung inzwischen tief ist, hat die stimmberechtigte Bevölkerung die Möglichkeit, politische Entscheide direkt zu beeinflussen. Davon ausgeschlossen ist

allerdings immer noch ein Viertel der Bevölkerung, der keinen Schweizer Pass besitzt. Zudem sind in der Schweizer «Konkordanzdemokratie» alle grossen Parteien in der Regierung vertreten. Dies garantiert neben politischer Stabilität, dass ein grosser Teil der Bevölkerung sich in der Regierung vertreten fühlt.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.



Das offene Ohr

David Aebly von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Arbeitszeugnis: Habe ich nach dem Lehrabschluss Anrecht darauf?

Ich habe meine Lehre erfolgreich abgeschlossen. Da ich nicht im Lehrbetrieb weiterarbeiten kann, habe ich von meiner Chefin ein Arbeitszeugnis verlangt. Nun habe ich lediglich eine Arbeitsbestätigung erhalten, mit Angaben über die erlernte Berufstätigkeit und die Dauer der Berufslehre. Meine Chefin sagt, dass in ihrem Betrieb allen Lernenden am Ende der Lehrzeit stets nur eine Arbeitsbestätigung ausgestellt werde. Dies stehe auch ausdrücklich so im Lehrvertrag. Damit bin ich nicht einverstanden. Ich möchte ein vollständiges Arbeitszeugnis. Darf ich das verlangen?

DAVID AEBLY: Ja. Die Firma muss Lernenden nach Beendigung der Berufslehre ein Zeugnis ausstellen, das Angaben über die erlernte Berufstätigkeit und die Dauer der Berufslehre enthält (Artikel 346a des Obligationenrechts). Die Lernenden oder ihre Eltern können aber verlangen, dass im Arbeitszeugnis auch Angaben über die Fähigkeiten, die Leistungen und das Verhalten der Lernenden stehen. Dieses Recht der Stifftinnen und Stifte auf ein ausführliches und vollständiges Arbeitszeugnis am Ende der Lehre kann auch durch den Lehrvertrag nicht eingeschränkt werden. Für das Zeugnis nach Beendigung der Lehrzeit gelten im übrigen die gleichen Regeln wie für alle Arbeitszeugnisse: Das Zeugnis muss inhaltlich richtig sein, und es darf den Lernenden die Jobsuche nicht unnötig erschweren.

Familienzulagen: Bekomme ich sie, auch wenn mein Kind in der Lehre Geld verdient?

Unsere Tochter ist 16 und hat eben mit der Lehre begonnen. Unser 22-jähriger Sohn ist Student. Eine Kollegin von mir behauptet, die Familienzulagen würden wegfallen, sobald ein jugendlicher eigenes Geld verdiene, und dies auch dann, wenn er noch in der Ausbildung sei. Stimmt dies?

DAVID AEBLY: Nein. Die Kinderzulage beträgt mindestens 200 Franken im Monat und wird ausbezahlt, bis das Kind 16-jährig ist. Ab diesem Zeitpunkt besteht Anspruch auf eine Ausbildungszulage von mindestens 250 Franken im



UNTERSTÜTZUNG: Auch wenn die Kinder «mitverdienen», haben Familien Anrecht auf Zulagen. FOTO: ISTOCK

Monat. Sie wird bis zum Abschluss der Ausbildung ausgerichtet, längstens aber bis zur Vollendung des 25. Altersjahres. Auch wenn Ihre Tochter nun den ersten Lehrlingslohn erhält und der studierende Sohn allenfalls in den Semesterferien mit einem Ferienjob eigenes Geld verdient, haben Sie trotzdem weiterhin Anspruch auf die Ausbildungszulage. Achtung: Es gibt allerdings eine Obergrenze. Ist das jährliche Einkommen des Jugendlichen in Ausbildung höher als die maximale volle Altersrente der AHV, so besteht kein Anspruch mehr auf die Ausbildungszulage. Diese Einkommensgrenze liegt zurzeit bei 28'440 Franken pro Jahr oder 2370 Franken pro Monat.

Wie Ombudsstellen funktionieren und wann es sinnvoll ist, eine Ombudsfrau oder einen Ombudsmann zu konsultieren

Vermittlerinnen mit begrenzter Macht

Die Rechnung sei nicht korrekt, finden Sie. Oder das Verhalten. Was tun, wenn Sie mit einer Firma oder einer Behörde in Konflikt geraten? Ombudsstellen bieten sich zur Klärung und Schlichtung an. Was sie leisten – und was nicht.

MARTIN JAKOB

Stellen Sie sich das vor: Auf Ihrem Kontoauszug sind 9000 Franken abgebucht, die an eine Bank in Übersee bezahlt worden sind. Nie und nimmer haben Sie einen derartigen Auftrag erteilt! Worauf sich herausstellt, dass Ihr Mailkonto gehackt wurde und der Hacker die Zahlung ausgelöst hat. Sie erstatten Anzeige bei der Polizei. Nach Vorliegen des Polizeiberichts erklärt sich Ihre Bank bereit, Ihnen die Hälfte des Betrags zu bezahlen. Ohne Anerkennung einer Rechtspflicht, denn sie habe die Legitimation zur Zahlungsausführung mit der «üblichen Sorgfalt» abgeklärt.

Jetzt sollen Sie also auf einem Schaden von 4500 Franken sitzenbleiben. Oder Sie nehmen sich eine Anwältin und erheben gegen die Bank Klage – allerdings mit hohem Kostenrisiko. Oder Sie beschreiten den dritten Weg: Sie schalten eine Ombudsstelle ein, in diesem Fall den schweizerischen Bankenombudsmann. Diese Stelle hat den gesetzlichen Auftrag, zwischen Finanzinstituten und Kundinnen und Kunden zu vermitteln. Kostenlos.

SCHLICHTUNG STATT PROZESS

Pionier der Ombuds-Institution war einst Schweden, wo vor 200 Jahren ein «Ombudsman» (schwedisch für Vermittler) als Schlichter zwischen staatlichen Stellen und der Bevölkerung eingesetzt wurde. Aber erst seit etwa 50 Jahren findet die Institution weltweit Nachahmer – zur Vermittlung zwischen Politik und Bürgerinnen, aber auch zwischen Firmen und Kunden.

Alle Ombudsstellen haben den Auftrag, an sie herangetragene Klagen fachlich und unparteiisch zu prüfen. Sie können bei der beklagten Seite Auskünfte einholen und Akten einsehen, beurteilen den Fall und sprechen eine Empfehlung zum Vorgehen aus.

Dabei sind sie zur Geheimhaltung verpflichtet. Sie können zwar aus ihrer Praxis berichten, müssen Fälle aber anonymisieren und dürfen auch keine Firmennamen nennen. Und in keinem Fall können sie rechtsverbindliche Urteile fällen.

Was bedeutet das für Sie, falls Sie eine Ombudsstelle beiziehen? ● Ihr Fall gelangt zu Experten, die das fachliche Rüstzeug zur Einordnung des Ereignisses und zur Abwägung Ihrer Chancen auf eine Regelung in Ihrem Sinn besitzen. ● Kommt die Ombudsstelle zum Schluss, Ihnen sei Unrecht geschehen, wird sie der Gegenseite empfehlen, den Schaden gutzumachen. Sieht sie den Fehler bei Ihnen oder räumt Ihnen keine Chance ein, auf diesem Weg weiterzukommen, wird sie Ihnen dies mitteilen. ● In keinem Fall wird die Ombudsstelle für Sie einen Prozess führen oder eine Medienkampagne einleiten, um auf Missstände öffentlich hinzuweisen.

BEHÖRDEN UND BRANCHEN

Erst wenige Kantone, Städte und Gemeinden der Schweiz verfügen über Ombudsstellen, die in Konflikten zwischen Bürgerschaft und Regierungs- und Verwaltungsstellen schlichten. Mirjam Graf, Ombudsfrau der Stadt Bern, ordnet der städtischen Ombudsstelle eine Ventilfunktion zu: «Wir hören der betroffenen Person zu, und sie kann sich in einem vertraulichen Rahmen umfassend und frei äussern.» Sie betont aber auch die «Allparteilichkeit» der Ombudsstelle:

Ombudsstellen haben auch eine Ventilfunktion.

«Wir setzen uns einerseits dafür ein, dass die berechtigten Anliegen bei den Behörden gehört werden, schützen aber andererseits die



MIRJAM GRAF, OMBUDSFRAU DER STADT BERN: «Wir setzen uns dafür ein, dass die berechtigten Anliegen bei den Behörden gehört werden, schützen aber die Behörden auch vor überzogenen Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger.» FOTO: FRANZISKA ROTHENBÜHLER

WORKTIPP

OMBUDSSTELLEN FINDEN

Eine gute Übersicht über Schweizer Ombudsstellen finden Sie auf der Service-Website des Bundes: www.ch.ch/de/ombudsstellen. Sie enthält auch eine Liste mit nichtparlamentarischen Ombudsstellen im öffentlichen Bereich (Spitalwesen, Altersfragen usw.). Werden Sie für Ihr Anliegen nicht auf Anhieb fündig, suchen Sie auf Google unter Ombuds- oder Schlichtungsstelle mit Angabe des Themenbereichs und des gewünschten Kantons.

Behörden auch vor überzogenen Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger.» 2019 bearbeitete die städt. bernische Ombudsstelle 645 Anfragen und Dossiers.

Besonders zahlreich sind Ombudsstellen im Gesundheitswesen zu finden. Allen voran jene der Krankenversicherung, die zwischen Krankenkassen und Versicherten vermittelt. Gegen 5000 Fälle landen pro Jahr auf ihrem Tisch. 2019 bestätigte sie in gegen 90 Prozent der Fälle den Entscheid

der Versicherer; in 270 Fällen stellte sie bei den Versicherern Anträge auf ein Entgegenkommen oder eine Korrektur, wobei sie in 194 Fällen einen Erfolg zugunsten der Ratsuchenden erzielte. Daneben unterhalten zahlreiche Spitäler und Heime Ombudsstellen, und Ärztinnen und Ärzte bieten über die kantonalen Ärztesellschaften Ombudspersonen an. 2019 hatte beispielsweise die Ombudsstelle der Ärztesellschaft des Kantons 90 Beschwerden zu bearbeiten, in 42 Fällen leitete sie ein Schlichtungsverfahren ein. Dabei verfügt sie über ein Druckmittel, wie die Zürcher Ärzte-Ombudsfrau, Rechtsanwältin Beatrice Rutishauser, erläutert: «Weigert sich der Arzt, den Empfehlungen der Ombudsstelle nachzukommen, haben wir die Möglichkeit,

ihn beim Ehrenrat anzuzeigen wegen Verletzung standesrechtlicher Vorschriften.»

Hohe Fallzahlen erzielen auch die Ombudsstellen der Finanz- und Versicherungsbranche, der Reisebranche sowie der Telekommunikationsfirmen. Beim

5000 Fälle pro Jahr bearbeiten Krankenkassen-Ombudsstellen.

Ombudsmann der Privatversicherung und der Suva sammelten sich 3350 Anliegen und Beschwerden im Jahr 2019, der Banken-Ombudsmann erledigte 2013 Fälle, die Ombudsstelle Telekommunikation (ombudscm) zählte 1751 Anfragen und bearbeitete 628 Fälle, und der Ombudsmann der Schweizer

Reisebranche bearbeitete 1254 Anfragen und Fälle.

1500 Franken MEHR

Und nun zurück zu Ihrem gehackten Mailkonto. Ihr Problem entspricht einem Fall, welchen der Schweizerische Bankenombudsmann 2019 zu bearbeiten hatte. Resultat: Nach seiner Intervention zeigte sich die Bank bereit, 6000 statt 4500 Franken des Schadens zu übernehmen. Der Ombudsmann empfahl der Kundin, «angesichts der Risiken eines Gerichtsverfahrens», das Angebot anzunehmen, und diese folgte seiner Empfehlung. Ein zwiespältiger Teilerfolg, der die Grenzen der Ombudsstellen aufzeigt: Lenkt die beklagte Seite nicht oder nur zum Teil ein, bleibt Ihnen doch nur der Weg übers Gericht.

OMBUDSSTELLEN

SO GEHEN SIE VOR

Eins gilt für alle Ombudsstellen: Bevor Sie diese beiziehen, müssen Sie den Versuch unternommen haben, Ihren Konflikt mit der Gegenpartei in direkter Kommunikation zu schlichten. Sammeln Sie die Dokumente, die dabei entstehen. Scheitert die direkte Konfliktlösung, sehen Sie sich auf der Website der Ombudsstelle die formalen Vorgaben für die Einreichung Ihres Anliegens und die Konditionen an. Meist sind die Dienstleistungen kostenlos. Die Schlichtungsstelle Telekommunikation verlangt eine Fallgebühr von 20 Franken.

KRITIK. Fühlen Sie sich durch die Ombudsstelle unverstanden oder ungerecht behandelt, möchten aber nicht vor Gericht ziehen, können Sie sich auch an eine Organisation wenden, die Konsumentenangelegenheiten branchenübergreifend vertritt. Zum Beispiel an die Stiftung für Konsumentenschutz, die nicht durchweg gute Erfahrungen mit Schweizer Ombudsstellen macht: «Während der Coronakrise», sagt Cécile Thomi, Leiterin Recht, «hat sich insbesondere in den Bereichen der Privatversicherung und der Reisebranche gezeigt, dass die notwendige Distanz zwischen der Branche und der Ombudsperson nicht immer in ausreichendem Mass gegeben ist.» Die Stiftung für Konsumentenschutz bietet übrigens selber Beratung an. Sie ist für Gönner (Jahresbeitrag 60 Franken) kostenlos, andernfalls kostet sie je nach Beratungsdauer zwischen 20 und 60 Franken (konsumentenschutz.ch). Und falls Sie Beratung und Unterstützung in Fragen rund um die Arbeitswelt suchen, ist die Adresse ja klar: Wenden Sie sich an Ihre Unia! (jk)

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



HAU IN DIE TASTEN! Externe Tastaturen von Tablets mit einer Halterung sind oft instabil. Aber mit dem richtigen Modell klappt's! FOTO: LOGITECH

Die beste Tastatur fürs Tablet

Wer auf dem Tablet schreibt, verwendet meist die eingebundene Bildschirmtastatur. Für längere Texte ist das einfacher mit externen Tastaturen. Solche gibt es in verschiedenen Typen: Bei den einen befestigen Sie die Tastatur am Tablet, mit Klammern oder einer Gummihalterung. Dann arbeiten Sie ähnlich wie mit einem kleinen Laptop. Bei den anderen legen Sie die Tastatur separat vor das Tablet. Die Verbindung ist in der Regel drahtlos via Bluetooth.

Zwei Modelle klappen bei der geringsten Bewegung zusammen.

INSTABIL. «Saldo» hat die zehn meistverbreiteten Tastaturen verglichen, die sowohl mit iPads als auch mit Android-Tablets kompatibel sind. Fazit: Modelle mit Tablethalterung sind oft instabil. Das «Logitech Universal Cover» und das «CSL Wireless Tablet Keyboard Case» klappen bei der geringsten Bewegung von allein zusammen. Stabiler sind die «Jelly Comb»-Tastatur und die «Key4all x3100» von Hama.

Bei den eigenständigen Tastaturen schneiden zwei Produkte gut ab: das «Multi-Device K780» von Logitech und das «Wired» von Zagg. Die Kanex-Tastatur und das «Foldable Bluetooth Keyboard» können Sie zwar platzsparend zusammenklappen. Wegen des Knicks und des Scharniers lässt sich darauf aber nur sehr mühsam schreiben. Die gesamte Testtabelle gibt es unter saldotipp.ch/tablet-tastaturen. MARC MAIR-NOACK

So bringen Sie die Wohnungsübergabe ohne Herzklopfen hinter sich Bereit für die grosse Wohnungs-Inspektion

Die Rückgabe einer Wohnung kann ganz schön stressen. Ob Sie die Vermieterin über den Tisch zieht? Sie doch nicht! Dank diesen work-Tipps.

MARTIN JAKOB

Ein letzter Blick in die leerräumten Zimmer. Da noch ein Fleck entfernt und dort ein Stäubchen: Schon klingelt's. Die Vermieterin steht unter der Tür, grüsst, zückt ihr Formular und guckt auf Vorrat streng: «So, dann schauen wir jetzt mal!» Aber Sie sind die Gelassenheit in Person. Denn schliesslich haben Sie sich auf diesen Moment bestens vorbereitet.

1 SAUBER GEPUTZT. Die Wohnungsreinigung können Sie auch selber erledigen. Einen Tag

müssen Sie dafür mindestens einrechnen. Vor allem die Nassräume geben zu tun. Und in der Küche verlangen Backofen, Herd, Chromstahl und Kühlschrank aufmerksame Zuwendung. Bequemer ist es, ein Reinigungsinstitut zu verpflichten. Hören Sie sich nach Referenzen um, und holen Sie mindestens zwei Offerten ein. Das Vergleichsportal Comparis nennt als Richtpreise 800 bis 1000 Franken für eine Dreizimmerwohnung, 950 bis 1250 Franken für eine Vierzimmerwohnung. Verlangen Sie eine Abnahmegarantie – kommt es zu Beanstandungen, muss das Institut ohne Zusatzkosten nachbessern.

2 KLEINREPARATUREN ERLEDIGT. Als Mieterin müssen Sie den «kleinen Unterhalt» selber

organisieren und bezahlen. Das sind Reparaturen an Installationen bis zum Betrag von rund 200 Franken (sehen Sie im Mietvertrag nach). Zum Beispiel der Ersatz eines WC-Deckels, einer flackernden Neonröhre in Ihrem Keller oder eines defekten Gemüsefachs im Kühlschrank. Erledigen Sie diese Reparaturen vor der Übergabe – dann haben Sie die bessere Kontrolle über die Kosten.

3 SCHÄDEN ANGEMELDET. Haben Sie während der Mietdauer Schäden verursacht? Klassische Beispiele: der Sprung im Labo, der Rotwiefleck im Spannteppich oder die Kratzer im Parkett. Melden Sie solche Schäden der Privathaftpflichtversicherung und holen Sie die Kostengutsprache ein.

4 ALLES DABEI. Zur Wohnungsübergabe nehmen Sie das Protokoll der Wohnungsübernahme mit, darin sind vorbestandene Schäden verzeichnet. Und es ist notiert, welche Schlüssel Sie bezogen haben. Bringen Sie die vollständigen Schlüsselsätze mit.

5 IHRE RECHTE KENNEN. Ein wichtigster Grundsatz: Für alles, was unter ordentliche Abnutzung fällt – Druckstellen von Möbeln auf dem Boden, austretende Teppiche, Bilderschatten an den Wänden –, haben Sie bereits mit Ihrer Miete bezahlt. Nur für ausserordentliche Abnutzung (zum Beispiel «Rauherwände») müssen Sie selber aufkommen. Und für den Rückbau von Veränderungen, die Sie ohne Einwilligung des Vermie-

ters vorgenommen haben. Haben Sie zum Beispiel eine Wand lila gestrichen, müssen Sie den Neuanstrich in Weiss bezahlen. Aber je nach Alter des Anstrichs auch nur anteilmässig. Geregelt ist das in der Lebensdauertabelle (siehe Text rechts).

6 ÜBERLEGT UNTERSCHREIBEN. Will Ihnen die Vermieterin Schäden aufs Auge drücken, für welche Sie die Haftung bestreiten, notieren Sie das auf dem Übernahmeprotokoll, und unterschreiben Sie nur mit dem Vorbehalt zu dem oder den strittigen Punkten. Klären Sie danach die Rechtslage mit Ihrer Haftpflicht- und/oder Rechtsschutzversicherung. Auch der Mieterverband ist eine gute Adresse, um sich über seine Rechte ins Bild zu setzen (mieterverband.ch).

ERSATZKOSTEN

HÖHE JE NACH LEBENSDAUER

Muss in der Wohnung eine schadhafte Einrichtung ersetzt werden, haften die ausziehenden Mieterinnen und Mieter nicht für die vollen Kosten, sondern nur für den Restwert, den die Einrichtung beim Auszug hat. Ein Wandastrich in Dispersionsfarbe hat zum Beispiel eine Lebensdauer von 8 Jahren: Muss nach 4 Jahren neu gestrichen werden, dürfen dem Mieter nur 50 Prozent der Kosten angerechnet werden. Die Lebensdauertabelle lässt sich für 10 Franken beim Mieterverband bestellen (8 Franken für Mitglieder) oder auf seiner Website nachschlagen: rebrand.ly/lebensdauer

Für eine 13. AHV-Rente Werden Sie initiativ

Die Versuche, unsere Altersvorsorge zu demontieren, gehen munter weiter. Umso wichtiger: die AHV stärken! Unterschreiben Sie jetzt die Initiative für eine 13. AHV-Rente.



Die Schweiz hat ein Rentenproblem. Heute lebt die Hälfte der neu Pensionierten in der Schweiz von weniger als 3600 Franken pro Monat. Für viele Frauen ist der Betrag deutlich tiefer, da sie keine zweite Säule haben und allein von einer AHV-Rente leben. Gleichzeitig steigen Wohnkosten und Krankenkassenprämien. Da bleibt immer weniger zum Leben übrig.

SYSTEMRELEVANT. Gerade in der Coronakrise ist uns allen die Bedeutung von Kranken-

pflegerinnen, von Verkäuferinnen, Chauffeurinnen und von Reinigungskräften bewusst geworden. Doch in all diesen Berufen, in denen viele Frauen arbeiten, sind die Löhne niedrig. Das schlägt sich auch in tieferen Renten nieder. Für diese Menschen braucht es dringend eine Verbesserung bei der AHV. Auf www.ahvx13.ch können Sie online unterschreiben sowie Unterschriftenbögen und Informationsmaterial herunterladen, um für diese Initiative auch im Freundes- und Bekanntenkreis zu werben. Viel Erfolg! (jk)

workrätsel

2 Coop-Gutscheine à je Fr.150.– zu gewinnen!



Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen einen guten Einkauf!

coop rechtsschutz
einfach anders.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 14
Das Lösungswort lautete: **INNOVATION**

G	L	U	C	H	T	E	W	W	F	E	L	T	E	R	N
A	G	O	A	D	V	O	K	A	T	L	N	E	U		
S	A	N	D	A	L	E	G	L	B	E	S	T	E		
A	K	T	I	E	K	H	E	K	T	A	R	E	E	D	
L	D	G	E	R	A	N	I	E	E	O	R	B	E		
A	R	A	B	E	R	N	L	E	T	H	A	N	O	L	
F	R	A	U	I	C	O	N	T	A	C	T	S	U	T	
T	I	S	C	H	I	A	S	H	P	E	T	R	A		
S	T	U	N	T	E	S	A	S	E	A	N	B			
U	T	E	P	F	L	A	N	Z	E	P	S	O	B		
A	A	E	R	O	S	O	L	A	T	A	M	I	N	A	
T	E	E	R	M	V	B	L	O	E	D	M	U			
I	H	I	P	P	I	E	A	E	L	A	D	O	L	E	
S	V	P	M	S	T	R	A	D	E	N	M	A	N	O	R

DEN PREIS, eine Übernachtung im Hotel Bern für zwei Personen, hat gewonnen: **Fritz Burri, Ittigen BE.**
Herzlichen Glückwunsch!

extreme Anstrengung			Geisteskranker, Verrückter	Erdarten	Einblickslinsen der Kamera			Romanfigur von Twain †	Lärm	zwecks	arab. Fürsten		dt. Schnelzug		US-Film-trophäe	eilen	Flächenmass	Ausruf
russischer Revolutionär (Leo, 1879-1940)		5						Retrospektive	11									
Doppelkonsonant			Maschinengriff		sehr grosser Betrag						1		nicht völlig		Rufname von Onassis †			
aussehen wie								kathol. Gottesdienst		Laubbaum (Quercus)		Trinkgefäss	9					Abfall, Müll
					Verdeck, Abdeckung		stabiles Stampfgefäss								Reinigungsgerät		altes Wort f. Abhilfe	
Fluss durch Berlin		Extremist (ugs.)		nordamerik. Steppe								dt. Grossstadt in NW		Sitz der Unia				
eh. schweiz. Radfahrer (Alex)			10			Überbringerin		Test, Kontrolle (engl.)			schweiz. Kabarettist (Michael)	7						
				Spielkarten		NEIN zum Kinderabzug -...							leeren, freigeben		Abk.: Mittelalter			
schweiz. Nationalheld	asiat. Kampfsportart (2 W.)		Bodenerhebung							röm. Name von Genf		Computerneustart						3
Solidarisch aus der ...!					Fluss durchs Wallis		unbest. Artikel		vollbracht, fertig					4	Figur aus: Wilhelm Tell		natürl. Haarfärbemittel	
			Blechblasinstrument		mit der Nase wahrnehmen		8					langweilig		weibl. Rind				
Ausruf d. Schmerzes	Methode								Anrede und Titel in England		Fraturdays for ...							
AKW-Katastrophe				Abk.: Ruderclub	Ausruf d. Überraschung	Zch. f. Zirkonium		arab. Grusswort			Überra-				Abk.: Hektoliter		Vorläuferin der EU	
ehem. SP-Präsident † (Helmut)	Kupfer-Zinn-Legierung		6					schweiz. Sozialversicherung	12		in die Länge ziehen							
							Seit 1970 im CH-Fussball existent											2

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: **work**, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 25. September 2020

Lohn, Arbeit, Rechte verlieren?

Am 27. September:

NEIN!

Die Kündigungsinitiative der SVP ist ein Angriff auf alle Arbeitnehmenden, denn sie will die Personenfreizügigkeit und den Lohnschutz abschaffen.

Hilf mit, diese gefährliche Initiative zu bodigen:
www.kundigungsinitiative-nein.ch



UNIA

WORKPOST

Der grosse Helmut Hubacher (1926–2020) ist tot

«Himmelherrgottsdonner!»

In den meisten Nachrufen
sondern sich vor allem die
Nachrufenden. Auch jetzt
wieder bei SP-Urgestein
Helmut Hubacher:
werk versucht ihn deshalb
vor allem selber zu Wert
kommen zu lassen. Er hatte
ja auch immer viel zu sagen.

1926-2020
Der SP-Urgestein, ein Mann, der die SP
für über 50 Jahre geleitet hat. Er hat
die Partei geleitet von 1971 bis zu
seinem Tod im März 2020. Er war
ein Mann, der die Partei geleitet hat
und sie durch seine Führung zu
einer der grössten Parteien in der
Schweiz gemacht hat. Er hat die
Partei geleitet durch schwierige
Zeiten, aber er hat sie immer
geführt. Er hat die Partei geleitet
und sie durch seine Führung zu
einer der grössten Parteien in der
Schweiz gemacht hat. Er hat die
Partei geleitet durch schwierige
Zeiten, aber er hat sie immer
geführt. Er hat die Partei geleitet
und sie durch seine Führung zu
einer der grössten Parteien in der
Schweiz gemacht hat.

Helmut Hubacher (1926–2020) ist tot
Der SP-Urgestein, ein Mann, der die SP
für über 50 Jahre geleitet hat. Er hat
die Partei geleitet von 1971 bis zu
seinem Tod im März 2020. Er war
ein Mann, der die Partei geleitet hat
und sie durch seine Führung zu
einer der grössten Parteien in der
Schweiz gemacht hat. Er hat die
Partei geleitet durch schwierige
Zeiten, aber er hat sie immer
geführt. Er hat die Partei geleitet
und sie durch seine Führung zu
einer der grössten Parteien in der
Schweiz gemacht hat.



Helmut Hubacher (1926–2020) ist tot
Der SP-Urgestein, ein Mann, der die SP
für über 50 Jahre geleitet hat. Er hat
die Partei geleitet von 1971 bis zu
seinem Tod im März 2020. Er war
ein Mann, der die Partei geleitet hat
und sie durch seine Führung zu
einer der grössten Parteien in der
Schweiz gemacht hat. Er hat die
Partei geleitet durch schwierige
Zeiten, aber er hat sie immer
geführt. Er hat die Partei geleitet
und sie durch seine Führung zu
einer der grössten Parteien in der
Schweiz gemacht hat.

WORK 14 / 4.9.2020:
DER GROSSE HELMUT HUBACHER IST TOT

Richtigstellung von Rudolf Strahm



1. Entgegen der
Behauptung von
Marie-Josée Kuhn war
ich beim «Gurten-
manifest» 2001 nicht
beteiligt. Erst vier
Jahre später habe ich
mit Simonetta Som-
maruga zusammen
das Buch «Für eine
moderne Schweiz –
ein praktischer Reformplan» herausgegeben.
2. Ich habe nach langen siebeneinhalb Jahren
als SP-Zentralsekretär die SP Schweiz Ende
1984 auf eigene Initiative verlassen, nachdem
ich als Geschäftsführer der Naturfreunde
Schweiz gewählt worden war.
3. Das erwähnte Buch «Vom Wechseln der
Räder am fahrenden Zug» über die Sozialdemo-
kratie habe ich nicht vor meinem Weggang von
der SP Schweiz, sondern zwei Jahre danach
verfasst. Mit Helmut Hubacher hatte ich die
letzten Jahrzehnte ein freundschaftliches
Verhältnis.

RUDOLF STRAHM, EHEMALIG SP-NATIONALRAT,
MITARBEITER SMUV, PREISÜBERWACHER

ANMERKUNG DER REDAKTION: Wir haben die
chronologische Reihenfolge der Ereignisse rund um
den Wechsel im SP-Zentralsekretariat von Ruedi
Strahm zu André Daguët nicht ganz korrekt darge-
stellt. Dafür entschuldigen wir uns. Inhaltlich lagen
und liegen wir voll richtig. Deshalb nehmen wir es im
zweiten Anlauf noch etwas genauer.
Rudolf Strahm war während mehr als sieben Jahren
Zentralsekretär der SP.
Er verhielt sich gegenüber Helmut Hubacher illoyal.
So sah und sagte dieser das selber. Der «Tages-Anzei-
ger» zitierte ihn am 7. Mai 1986 so: «Was Strahm
fehle, sei Ausgleichsfähigkeit und Loyalität gegenüber
einmal gefassten Beschlüssen.» Unter anderem
gegenüber dem Beschluss, SP-Nationalrätin Lilian
Uchtenhagen 1983 als erste Frau ins Bundesrats-
rennen zu schicken. Schon im Vorfeld der Wahl
gehörte unter anderen auch Rudolf Strahm zu jenen
SP-Kaderleuten, die nicht für die offizielle SP-Kandida-
tin warben, sondern für den St. Galler Hans Schmid.
Für Hubacher war das auch ein ganz persönlicher
Affront. Deshalb musste Strahm die zentrale Position
als SP-Zentralsekretär aufgeben und wurde Präsident
der Naturfreunde.

MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN. In dieser Zeit
schrieb er in seinem Kampf gegen Helmut Hubacher
das Buch «Vom Wechseln der Räder am fahrenden
Zug», das 1986 erschien. Die NZZ berichtete am
12. Mai 1986 darüber: «Noch entscheidender aber ist
für den langjährigen, nicht zuletzt wegen grosser
Meinungsverschiedenheiten mit der heutigen Partei-
leitung über den «politischen Stil» ausgeschiedenen
Zentralsekretär die Forderung nach «neuen Köpfen»,
nach einem anderen Führungsteam: «Mit der jetzigen
Parteileitung wird die Partei nicht aus der Krise
kommen.»
An der Präsentation dieses Buchs erklärte Strahm
übrigens auch selber, es hätten tiefe Meinungsver-
schiedenheiten zwischen ihm und der SPS-Partei-
leitung über den «politischen Stil» geherrscht (TA vom
7. Mai 1986). Nach einem Zwischenspiel von Christoph
Berger als SP-Zentralsekretär holte Hubacher dann
den von links kommenden, späteren Unia-Gewerk-
schafter André Daguët ins Generalsekretariat.

GURTENMANIFEST. Rudolf Strahm trat gegen
ausser zwar nicht als Autor des sogenannten «Gur-
tenmanifests» von 2001 auf. Aber die wohl brisanteste
Forderung darin: «Die Zahl der ZuwandererInnen
muss begrenzt werden», wärmte er vier Jahre später
als Autor im Buch «Für eine moderne Schweiz – ein
praktischer Reformplan» nicht nur wieder auf,
sondern führte sie zusammen mit Sommaruga aus.
Aus dem «Ausländerproblem» wird dort ein «Integra-
tionsproblem», das in der Forderung nach einer
«Integrationsvereinbarung zwischen der ausländi-
schen Person und einem beratenden Amt» gipfelt, die
man «mit Druck» durchsetzen müsse. Wer die Verein-
barung (Sprache sprechen, Zivilrecht kennen, Berufs-
bildungssystem nutzen usw.) nicht akzeptiere, müsse
gehen. Zu lange habe die wohlmeinende Linke «dieses
grösste ungelöste Problem in unserem Land» ignoriert
und den Rechten überlassen.
Dieses Ausländer-/Integrationsproblem der Schweiz ist
bei Strahm seither ein immer heftiger loderbender
Dauerbrenner. 2013 weibelte Strahm sogar für mehr
als ein halbwegs offenes linkes Ja zur SVP-Abschot-
tungsinitiative. work berichtete und analysierte im
Editorial: «Die fremdenfeindliche Logik der SVP frisst
sich langsam auch ins sozialdemokratisch-grün-links-
liberale Milieu hinein (19. 12. 2013).

Hubacher auf die Titelseite!

Ich finde, Helmut Hubacher hätte die Titelseite
verdient und nicht der Blocher aus Herrliberg
(trotz Abstammung).

WALTER KÄSTLI, VILLARS-BURQUIN VD

Er kannte die Nöte der Arbeiterklasse

An Helmut Hubacher schätzte ich am meisten,
dass er Arbeiter und Journalist gleichzeitig war.
Er kannte die Sorgen und Nöte der Arbeiter-
klasse, hatte einen scharfen Intellekt, einen
untrüglichen Blick für die Irrungen und Wirrun-
gen der Politik und formulierte Erkenntnisse
und Überzeugungen brillant. So verstanden ihn
städtische Intellektuelle wie kämpferische
Gewerkschaftsmitglieder. Ohne seine grossen
Verdienste zu schmälern, erlaube ich mir eine
Korrektur Ihrer Schlagzeile. Der SPS-Präsident
mit der längsten Amtszeit war Ernst Reinhard,
Bern, 1919–1936. Sein Nachfolger Hans Oprecht,
Zürich, 1937–1952, war den Jahreszahlen nach
gleich lang im Amt wie Helmut Hubacher
(1975–1990). Vgl. «100 Jahre SPS», Zürich 1988,
Seite 77.

URS BOSSHARD, PER MAIL

Antikommunist

Was «Hubi» in allererster Linie war: ein vehe-
menter Antikommunist. Weit mehr als die
Parteien des herrschenden Bürgertums hat er
die Linke links seiner sozialdemokratischen
Partei bekämpft. Ich habe ihn anlässlich des
Kampfes gegen Atomkraftwerke erlebt. Beset-
zungsaktionen wie Kaiseraugst 1975 galten
ihm ausschliesslich als symbolhafte Aktionen,
die ausschliesslich von seiner Partei im Parla-
ment hätten behandelt werden sollen.

HANSPETER GYSIN, BASEL

WORK 14 / 4.9.2020:
MIT GELÄCHTER GEGEN DIE SVP

Ursache und Wirkung

Die Schlagzeile ist unkorrekt: Herrliberg first,
Blocher second, Klöppel third, Mörgeli fourth,
Glarner fifth, Fuchs sixth, Hess seventh usw ...,
Büezer und Menschen hundredth.

ERIC JORDANIS, VIA FACEBOOK

Auf den Misthaufen der Geschichte!

Bitte entsorgt Blocher endlich auf den «Mist-
haufen der Geschichte». Oder sind seine grössten
Fans doch bei work? Gefühlt 12 Mal im Jahr
füllt der alte Herr in vollem Saft Euer Titelblatt,
wahrscheinlich öfter als in SVP-internen Publika-
tionen. Das ist einerseits nicht nötig und ande-
rerseits Sand in die Augen der Leser gestreut.

STEFAN HILBRAND, PER MAIL

Zielt auf den Mann statt auf die Sache

Ich sehe nicht ein, wieso work auf Seite 2 das
Video von Michael Elsener über Christoph Blo-
cher unterstützt. Zwar dürfen und sollen Witze
lustig und auch etwas frech daherkommen
dürfen, gleichzeitig sollten sie aber immer auch
anständig bleiben und die betroffene Person
nicht in den Dreck ziehen. Die Darstellung von
nackten Menschen – auch wenn sie nicht alles
aufdeckt – zielt stets unter die Gürtellinie und
zudem auf den Mann statt auf die Sache. Schade,
dass der SGB sich zu dieser Veröffentlichung
verleiten liess und work ebenfalls Hand dazu
bot. Eine weitere Entgleisung sehe ich in der
Kolumne von Jean Ziegler. Er spricht von Glen-
cores «Kommunikationsfritzen». Ich selber
heisse Fritz. Was die Taten Glencores aber mit
mir oder anderen Personen mit diesem Vor-
namen zu tun haben, ist mir schleierhaft.
Ebenso gut und ebenso beleidigend könnte man
von Heinis, Pauls oder auch Jeans reden. Herr
Ziegler war Soziologieprofessor. Da würde ich
einen sorgfältigeren und verantwortungs-
volleren Umgang mit der Sprache erwarten.

FRITZ LUTZ, PER MAIL

WORK 14 / 4.9.2020:
«SOLIDARITÄTS-APPELL VON UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA»

Solidarität, jetzt erst recht!

Der Kommentar von Unia-Präsidentin Vania
Alleva hat mich sehr berührt und gefreut. Ich
war im März in San Marcos in Nicaragua. Seit
über 30 Jahren haben wir eine Städtepartner-
schaft zwischen Biel und San Marcos. Im März
hat ein Textilkonzern seine Produktion in San

Marcos vorübergehend geschlossen. 5000
Personen waren freigestellt. Eine Arbeitslosen-
versicherung gibt es nicht. Wir schütteln zwar
manchmal den Kopf, wenn wir hören, dass die
Textilarbeiterinnen, die Kleider für europäi-
sche Modekonzerne herstellen, 200 Franken
pro Monat verdienen. Aber in Nicaragua kann
eine Person mit 200 Franken monatlich knapp
überleben. Ohne diese Arbeit wird es schwierig.
Ohne die internationale Solidarität mit
Gewerkschaften und sozialen Bewegungen
verschärft sich die globale Systemkrise. Vania
Alleva hat völlig recht.

ROLAND SIDLER, BIEL

WORK 14 / 4.9.2020: PAPI-ZEIT, SUPERVERDIENER-GESCHENK, MILITÄRKÖPFE...

Hoffnungslos mittelalterlich

Ein Land ohne Kampfjets ist möglich, so gut wie
es schon lange Städte gibt ohne Stadtmauern.
Durch Kanonen und Mörser wurden Stadt-
mauern sinnlos. Durch Drohnen, ferngelenkte
Raketen und Cruise-Missiles können Kampfjets
bald abgewrackt werden. So gut wie heute bald
Autos ohne Führer herumfahren, werden dem-
nächst auch Drohnen und andere Flugkörper,
gesteuert von einer Frau oder einem Mann am
PC am Boden, im Himmel operieren und fremde
Flugzeuge zur Landung zwingen, die unerlaubt
in die Schweiz eindringen oder sich verirrt
haben. Abgesehen davon, eine fremde Macht
könnte auch den Einsatz von Schweizer Droh-
nen elektronisch stören so gut wie Operationen
von alten und neuen Kampfjets der Schweizer
Armee.

HEINRICH FREI, PER MAIL

WORK 14 / 4.9.2020: «GLOBOKRATIE» MITARBEITENDE SOLLEN SICH SELBST FEUERN

Chef soll sich zur Wiederwahl stellen

Ich finde die Idee von CEO Dany Gehrig super!
Die Mitarbeiter sollen selber gegenseitig fähige
wählen und unfähige abwählen! Das ist ganz
im Sinne aller Mitarbeiter. Die Unia sollte
dieses Verfahren als Standard fördern. Alle
sollen mitbestimmen können. Wer sich der
Wahl nicht stellt, gibt zu, dass er sich selbst als
nicht der Beste einschätzt! Denn nur der/die
Beste ist gut genug! Das gilt besonders für die
Führung einer Firma in Krisenzeiten.
Ich bewundere CEO Dany Gehrig, dass er für
die Neuwahl der proportional reduzierten
Geschäftsleitung ein solches Verfahren
gewählt hat! Wir sind gespannt auf das Resultat.
Anderen Ansprüche stellen, die ich selber
nicht zu erfüllen bereit bin, das kann ich
auch!

RENÉ ERNST, PER MAIL

ANMERKUNG DER REDAKTION: work hat GLOBE-
trotter gefragt, ob auch CEO Gehrig sich neu bewer-
ben und sich vor den Mitarbeitenden präsentieren
müsse. Antwort: «Wir äussern uns zurzeit nicht mehr
zur Globokratie.»

INSERAT

Der Schweizerische Bankpersonalverband SBPV sucht per
1. März 2021 eine/n

Geschäftsführer/in, Organizer und Verhandlungsleiter/in

(80–100%, im Jobsharing möglich)

Alles Details zur Stelle:

Schweizerischer Bankpersonalverband
Association suisse des employés de banque
Associazione svizzera degli impiegati di banca

www.sbpv.ch



VALENTINA KASTRATI

KREATIVE KÖCHIN

Valentina Kastrati (27) ist in Langnau im Emmental aufgewachsen. Heute lebt sie zusammen mit ihrem Mann in Zollikofen BE. In ihrer Freizeit verbringt sie möglichst viel Zeit mit ihrer Familie und mit Freundinnen. Um sich zu entspannen, kocht sie gerne, auch Experimentieren gehört dazu. Valentina Kastrati ist Unia-Mitglied.

KOSOVO-REISEN. Vor Corona reiste sie bis zu fünf Mal pro Jahr nach Kosovo, wo ein Teil ihrer Familie lebt. Kastrati: «Normalerweise ging ich einmal für längere Zeit, so zwei bis drei Wochen, und dann noch einzelne Tage.» Doch jetzt sei sie im September 2019 das letzte Mal dort gewesen. «Das ist schon hart.»

NIE AUFHÖREN. Die Arbeit sei vielleicht nicht grad ihr Leben, aber schon ein sehr wichtiger Teil davon, sagt Valentina Kastrati. «Mein Job gibt mir Halt.» Deshalb könne sie sich nicht vorstellen, weniger als 100 Prozent zu arbeiten. Nur wenn sie dann Kinder habe, wolle sie reduzieren. Aber gar nicht mehr arbeiten? «Bestimmt nie!»

Valentina Kastrati (27) und ihr Team haben in den nächsten Monaten viel zu tun

«Jedes Dossier erzählt eine andere Lebensgeschichte»

Valentina Kastrati ist Teamleiterin bei der Unia-Arbeitslosenkasse. Sie sieht in ihren Versichertenakten nicht nur die Zahlen, sondern die Menschen dahinter.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS FRANZISKA SCHEIDEGGER

«Ich bin ein Unia-Kind!» sagt Valentina Kastrati (27). Ihr Vater war einst Saisonnier auf dem Bau. Und ist seit den 1990er Jahren Gewerkschafter. Zuerst bei den Unia-Vorgängerorganisationen, dann als Unia-Sekretär der Region Berner Oberland und Emmental. Kastrati: «Darum kenne ich die Unia, seit es sie gibt.» Bei ihr zu Hause war Gewerkschaftsarbeit denn auch häufig Thema. Und so war es naheliegend, auf der Suche nach einer Lehrstelle bei der Unia anzuklopfen. Kastrati: «Dass ich dann aber genau in der gleichen Sektion wie mein Vater meine Lehre als kaufmännische Angestellte absolvieren konnte, war schon speziell.» Es sei nicht immer einfach gewesen – Vater und Tochter am gleichen Arbeitsplatz. Aber sie hätten das gut gemeistert. In der Lehre lernte Kastrati auch die Arbeitslosenkasse der Unia kennen. Sie ist die grösste Schweizer Arbeitslosenkasse. «Ich habe schon damals Gefallen an dieser Arbeit gefunden.»

LEBENSGESCHICHTEN. So trat Valentina nach dem Lehrabschluss ihre Stelle bei der Unia-Arbeitslosenkasse Bern an. Zunächst als Sachbearbeiterin. Seit 2018 ist sie stellvertretende Standortleiterin. Kastrati sagt: «Ich finde, es fällt immer noch gleich wie vor sechs Jahren, als ich hier angefangen habe.» Auch deshalb, weil sie sich in dieser Zeit weiterentwickelt und neue Aufgaben übernommen habe. Sie begann als Sachbearbeiterin, wofür sie in den ersten eineinhalb Jahren

eine interne Ausbildung machte, und bildete sich danach zur eidgenössisch diplomierten Sozialversicherungsfachfrau weiter. Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit ist die Anspruchsprüfung. Diese beginnt, wenn sich jemand beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) anmeldet und sich für die Unia-Arbeitslosenkasse entscheidet. Dann vervollständigt sie die Dossiers, prüft die Ansprüche auf Arbeitslosenentschädigung, berechnet den versicherten Verdienst, kontrolliert, ob es Einstelltag gibt, und macht die monatlichen Auszahlungen.

DIREKT INS HERZ. Valentina Kastrati gefällt ihre Arbeit, weil sie sehr vielfältig ist. Man könne keinen Fall mit dem anderen vergleichen. «Jedes Dossier erzählt eine andere Lebensgeschichte.» Im Team hätten sie sich die Dossiers alphabetisch nach den Namen der Versicherten aufgeteilt. Wenn sie die Dossiers eines Buchstabens über eine gewisse Zeit betreue, dann habe sie das Gefühl, die Leute zu kennen, obwohl sie sie nie getroffen habe. «Ich habe dann jeweils Mühe, wenn ich meine Dossiers abgeben muss.»

Kastrati führt ein Team von vier Mitarbeitenden. Diese unterstützt sie bei fachlichen Fragen, aber auch in schwierigen Situationen. Kastrati: «Wir haben einen sehr verantwortungsvollen Job. Die Versicherten sind auf unser Fachwissen angewiesen. Sie vertrauen darauf, dass wir unsere Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen erledigen und auch in einem gewissen Tempo, damit sie ihr Geld rechtzeitig erhalten.» Denn wer mit dem Lohn gerade mal so über die Runden komme, könne nicht wochenlang auf die Auszahlung der Taggelder warten.

Die allermeisten Versicherten seien höflich. Aber es komme schon auch zu



VERANTWORTUNGSVOLLER JOB: Valentina Kastrati sorgt dafür, dass die Versicherten ihre Arbeitslosenentschädigung rechtzeitig erhalten.

aufwühlenden Situationen, in denen Leute traurig oder wütend seien. Meistens seien das Leute, die nicht mehr weiterwüssten, weil sie Miete, Versicherungen und Lebensmittel nicht mehr bezahlen könnten und trotzdem auf die Arbeitslosenentschädigung warten müssten. Kastrati: «Mit diesen Schicksalen umzugehen ist ein Teil unseres Jobs.» Sie versuchten, wenn immer möglich, kulant zu sein. Aber häufig seien ihnen die Hände gebunden, weil sie sich an die Gesetze halten müssten. Sie selbst habe gelernt, sich abzugrenzen. «Am Anfang konnte ich das noch nicht, da gingen mir diese Fälle direkt ins Herz und in die Seele. Doch dann habe ich gelernt, mich zu schützen.» Zum Glück sei der Umgang mit diesen schwierigen Situationen auch Teil der Ausbildung. «Wir hatten einen Kommunikationskurs, bei dem wir gelernt haben, am Schalter und am Telefon mit Menschen

umzugehen, die mit starken Emotionen zu uns kommen.»

Emotional waren auch die vergangenen Corona-Monate. «Von einem Tag auf den anderen mussten wir drei der insgesamt fünfzehn Mitarbeitenden für die Bearbeitung der Kurzarbeitsanträge abdelegieren.» Wegen Corona hätten sie jetzt auch drei neue Mitarbeitende im Team. Denn bis jetzt sei die Zahl der Anträge noch knapp zu bewältigen. Aber es werden weitere Entlassungswellen erwartet. Deshalb müssten sie sich darauf vorbereiten, dass die Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten steigen werde.

Valentina Kastrati war während des Lockdowns im Homeoffice. Doch das sei gar nicht ihr Ding, ihr hätten die Kontakte zu ihren Kolleginnen und Kollegen im Büro gefehlt. «Als ich dann am 9. Juni endlich wieder ins Büro durfte, ging für mich die Sonne auf!»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinc@workzeitung.ch **Mitarbeiter an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektur** Urs Remund, ursemund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Gossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.